

SPARTACUS

Die bengalische Tragödie

Wohin geht Bangla Desh?

MARXISMUS UND NATIONALE FRAGE

VORWORT

Die in dieser Broschüre zusammengestellten Artikel sind unverändert aus dem Zentralorgan der Kommunistischen Jugendorganisation SPARTACUS übernommen. Sie sind dort im Verlauf des letzten dreiviertel Jahres in den Ausgaben 22 bis 25 erschienen und gehen von dem jeweilig neuesten Stand der Entwicklung auf dem indischen Subkontinent aus. Ihnen liegt deswegen keine einheitliche systematische Gliederung zugrunde, z.T. sind einige Einschätzungen inzwischen auch durch die reale Entwicklung überholt. Das betrifft insbesondere die aktuellen Aussagen am Ende des zweiten Teils des Artikels „Bengalen – Marxismus und nationale Frage“ (S. 13 [hier: 30 f. SpaBu-Doku] der vorliegenden Broschüre).

Wenn wir uns dennoch zum unveränderten Abdruck der Artikelreihe entschlossen haben, so aus dem aktuellen Anlaß des Nixon-Besuchs in der VR China, der es uns sicher wieder in verstärktem Maße ermöglichen wird, den konterrevolutionären Charakter der maoistischen Außenpolitik klarzustellen. Ist für die erneute Herausgabe in erster Linie dieser aktuelle Anlaß maßgeblich, der uns nicht mehr die Zeit zu einer umfassenden Überarbeitung ließ, so dokumentiert die Artikelreihe doch zugleich den Vorzug einer marxistischen Analyse, die es sich leisten kann, auch neun Monate alte Artikel unverändert herauszugeben...

Zur Außenpolitik der VR China verweisen wir ferner auf die Artikel ‚Ceylon: Volksfront-Konterrevolution‘ in [SPARTACUS 22](#) und ‚Maos ‚neue‘ Außenpolitik: ein schwerer Schlag für die Weltrevolution‘ in [SPARTACUS 23](#).

Februar 1972

Die bengalische Tragödie I (Mai/Juni 1971)	2
Die bengalische Tragödie II (September 1971)	8
Marxismus und nationale Frage I (November 1971)	14
Marxismus und nationale Frage II (Januar 1972)	24
Wohin geht Bangla Desh? (Januar 1972)	31 DM 0,70

[2] Die bengalische Tragödie

I. Teil: Der weltpolitische Hintergrund

In den letzten Wochen ist es in der Tagespresse verhältnismäßig ruhig geworden um den Bürgerkrieg in Pakistan. Die Berichterstattung beschränkt sich immer mehr auf ein paar unbedeutende, weil routinemäßige diplomatische Geplänkel zwischen Neu-Delhi und Islamabad, und so mag der Eindruck entstehen, der Unabhängigkeitsbewegung der bengalischen Volksmassen sei für absehbare Zeit das Rückgrat gebrochen.

Wäre dieser Eindruck richtig, so könnte das Bemühen, eine marxistische Stellungnahme zum Krieg der pakistanischen Regierung gegen das Volk von Ostbengalen zu erarbeiten, als eine akademische Pflichtübung erscheinen. Wir halten es jedoch für ziemlich unwahrscheinlich, daß die gegenwärtige Friedhofsruhe in Ostbengalen von längerer Dauer sein kann – nicht allein, weil die Wurzeln der bengalischen Nationalbewegung viel zu tief im Charakter des pakistanischen Staatsgebildes verhaftet sind, sondern weil wir hinter den revolutionären Erschütterungen Bengalens eine allgemeine revolutionäre Krise heranreifen sehen, die den ganzen indischen Subkontinent erfaßt und die in wachsendem Maße das politische Gesicht Asiens bestimmen wird, ungeachtet der momentanen Schicksale ihrer einzelnen nationalen oder regionalen Bestandteile.

Wenn also der militärische Widerstand des bengalischen Volkes gegen die Söldnerhorden der pakistanischen Militärdiktatur vorübergehend zum Erliegen gekommen sein sollte – was im übrigen nicht einmal sicher ist –, so kann es keinen Zweifel daran geben, daß das revolutionäre Ferment, das von Bengalen ausgegangen ist, in Ceylon ebenso wie in der indischen Union weiterwirken und zu gegebener Zeit auch die revolutionäre Bewegung Ostbengalens neu entfachen wird. Diese Gewißheit wird bestätigt auch die Tatsache, daß die augenblickliche Niederlage der bengalischen Volksbewegung nicht so sehr in irgendeiner naturhaften inneren Schwäche der Idee der nationalen Selbständigkeit des bengalischen Volkes begründet, sondern vielmehr ein Ergebnis der schwankenden, feigen und unentschlossenen Politik der Führer der Awami-Liga ist.

Diese „Volksführer“, die es vorgezogen haben, im sicheren indischen Hafen Calcutta eine ‚provisorische Regierung von Bangla-Desh‘ auszurufen, statt die Führung des revolutionären Kampfes an Ort und Stelle zu übernehmen, hoffen, ‚ihrem‘ Volk die nationale Selbstbestimmung vermittelt heftiger diplomatischer Gebärden erhandeln zu können. Diese spießbürgerlich-idealistische Auffassung von der Weltpolitik charakterisiert die Führer der Awami-Liga hinlänglich als das, was sie sind: kleinbürgerliche Phantasten, die verzweifelt hoffen, die blutigen Unkosten einer Revolution dank solcher Wundermittelchen wie humanitärer Appelle an die „Weltöffentlichkeit“ einsparen zu können – und die eben dadurch, daß sie auf die

Vorbereitung und Organisierung der bewaffneten Selbstverteidigung verzichten, die Blutopfer ins Unermeßliche treiben.

Man wird sich erinnern: Bis zum allerletzten Augenblick hatte Scheich Mujibur Rahman, der Führer der Awami-Liga, sich selbst ebenso wie den bengalischen Volksmassen die Illusion vorgegaukelt, die Probleme der nationalen Unterdrückung der Bengalen durch die westpakistanische Zentraladministration schiedlich-friedlich auf dem Verhandlungswege beheben zu können – so, als habe sich je ein Ausbeuter am grünen Tisch dazu überreden lassen, aus menschenfreundlichen Erwägungen heraus auf seinen Profit zu verzichten. Heute versucht die ‚provisorische Regierung‘ in Calcutta, auf diplomatischem Parkett daraus Kapital zu schlagen, daß sich die Awami-Liga förmlich bis zur allerletzten Sekunde sklavisch an die „Legalität“ des Militär-Regimes von Islamabad gehalten habe, eine „Legalität“, die doch nur eine durch keinerlei Verfassung eingeschränkte Willkürherrschaft war – und sie scheint nicht einmal zu bemerken, wie sehr sie dabei das Vertrauen verhöhnt, welches die ostbengalischen Massen zu ihrem Unglück in sie gesetzt haben.

Die einfache Tatsache, daß Scheich Mujibur und sein Generalstab offenbar damals wie heute mehr Vertrauen in die Allmacht der Diplomatie als in die Kampfkraft ihres Volkes gesetzt haben, würde ausreichen, um sie ein für allemal als revolutionäre Führer zu disqualifizieren. Aber daß die ‚Regierung‘ in Calcutta noch immer anzunehmen scheint, sie könne die Unabhängigkeit wie ein Gnadengeschenk aus den Händen irgendeiner Großmacht erbetteln, beweist ein Ausmaß an politischer Naivität, das fast schon kriminell ist. Man muß wahrhaftig kein Spezialist in asiatischen Angelegenheiten sein, um sich nach einem kurzen Blick auf die Landkarte an zehn Fingern ausrechnen zu können, daß auch nicht eine einzige Weltmacht ernstlich an einer radikalen Erschütterung des *status quo* auf diesem Teil der Erdkugel interessiert sein kann.

Das ist tatsächlich die tragischste Seite dieses bengalischen Dramas, daß die revolutionäre Bewegung für das Selbstbestimmungsrecht der Bengalen auf keinerlei Hilfe von außen rechnen kann und deshalb buchstäblich auf ihre eigenen Kräfte angewiesen ist.

Chinesische Großmachtspolitik

Gutgläubige junge Studenten, die sich in Westdeutschland und anderswo in den vergangenen Monaten durch die Gedanken des Vorsitzenden Mao Tse-tung zu einem „Marxismus-Leninismus“ besonderer Prägung haben bekehren lassen, dürften gehörig verwirrt gewesen sein, als Peking, welches man doch besten Glaubens für das Mekka des „revolutionären Volkskrieges“ gehalten hatte, nun auf einmal Kriegsmaterial an ein Regime lieferte, das diese Waffen zu keinem Zweck dringender benötigte als zu eben jenem, einen waschechten Volkskrieg um die nationale Unabhängigkeit im Blut zu ersäufen. Wir haben keinen Zweifel daran, daß es auch diesmal den respektiven Chefideologen der diversen ‚marxistisch-

leninistischen' Parteien, Jugendverbänden, Initiativen, Ansätzen und Aufbauorganisationen, irgendwie gelingen wird, durch kunstvolles Jonglieren mit den schönen Wörtern „Haupt- und Nebenwiderspruch“ die Dinge wieder ins rechte Lot zu bringen und etwaige Zweifel in den Reihen der Rechtgläubigen schnellstens ausmerzen.

Diejenigen jedoch, die sich das Denken noch nicht haben abgewöhnen lassen, wollen wir darauf hinweisen, daß dieses innige Verhältnis zwischen Peking und dem pakistanischen Militärregime bereits recht alten Datums ist. Schon den Vorgänger des [3] gegenwärtigen Präsidenten, den berühmten Diktator Ayub Khan, der im Laufe der fünfziger und sechziger Jahre auch noch die letzten Spuren der bürgerlichen Demokratie beseitigte, die es in Pakistan ohnehin nur zu einem Mauerbüchlein-Dasein hatte bringen können, eben diesen Ayub Khan haben die chinesischen Führer (und mit ihnen selbstredend ihre einheimischen Anhänger in der ‚Nationalen Awami-Partei‘ des Maulana Bashani) haargenau bis zu der Minute politisch und militärisch unterstützt, als ihn ein von einer Massenerhebung des ganzen Volkes begleiteter Generalstreik zum Teufel jagte! Die ‚Freundschaft‘ der chinesischen Führer zum Regime Ayub Khans war so innig, daß der Marschall Tschen Ji im Verlauf eines der zahlreichen Höflichkeitsbesuche sogar feststellen konnte, die „Basis-Demokratie“ – eben so nannte Ayub Khan sein politisches Unterdrückungssystem – sei „unseren Volkskommunen sehr ähnlich“ (was übrigens von westlichen Antikommunisten schon viel früher behauptet worden war...).

Wie erklärt sich der ‚marxistisch-leninistische‘ Durchschnitts-Verstand solche Bocksprünge der chinesischen Außenpolitik? Nun, ganz einfach: Das liegt eben an den Haupt- und Nebenwidersprüchen! Das ist nämlich so: Die Volksrepublik China führt einen Kampf auf Leben und Tod gegen den Sowjetrevisionismus und außerdem streitet sie sich mit der indischen Union um den Verlauf der Grenzen im Himalaya. Der Sowjetrevisionismus – gelegentlich auch Sozialimperialismus und Sowjetfaschismus genannt – befindet sich nun in einem diplomatischen Bündnis mit Indien, woraus eindeutig die antiimperialistische Natur von Chinas Grenzstreitigkeiten mit Indien hervorgeht. Und dieser Anti-Imperialismus bildet eben den ‚Hauptwiderspruch‘ in dieser Region der Welt. Und es trifft sich, daß Pakistan mit derselben indischen Union ebenfalls Grenzstreitigkeiten hat wegen Kaschmirs. So befinden sich folglich Pakistan und China gemeinsam auf derselben Seite des ‚Hauptwiderspruchs‘: der Tatbestand, daß dieses ‚objektive‘, anti-imperialistische, pakistanische Regime bis heute nicht für ratsam gehalten hat, aus dem imperialistischen SEATO-Bündnis auszutreten, daß in Pakistan nicht einmal der Schatten einer bürgerlichen Demokratie besteht, daß dort die Volksmassen womöglich noch stärker unterdrückt und ausgepowert werden als in Indien – das alles stellt nach Maßgabe volks-chinesischer Dialektik allerhöchstem einen ‚Nebenwiderspruch‘ dar, den man zugunsten des ‚Hauptwiderspruchs‘ getrost vernachlässigen kann ... Auf gut deutsch: Darüber, was der ‚Haupt‘- und was der ‚Nebenwiderspruch‘ ist, entscheidet in einer gegebenen Situation stets das momentane außenpolitisch-diplomatische Interesse der Volksrepublik China. Man kann es freilich auch anders

ausdrücken: Im konkreten Fall hat die chinesische Volksrepublik – ungeachtet ihres selbstgewählten Berufs als revolutionärer Sittenrichter über die ganze Welt – noch stets ihre eigenen nationalstaatlichen Interessen über die revolutionären Interessen anderer Völker gestellt. Eben dies werfen die chinesischen Führer auch der Sowjetunion vor (wobei sie allerdings nur eine Anklage aufgreifen, die die trotzkistische Bewegung seit etwa fünfundvierzig Jahren immer wieder gegen den Stalinismus vorgebracht hat). Im Fall der Sowjetunion heißt eine solche Politik nach volks-chinesischer Lesart „Großmacht-Chauvinismus“; wir finden diesen Ausdruck nicht gerade elegant, aber ziemlich treffend; wir schlagen vor, ihn gegenüber der chinesischen Außenpolitik beizubehalten...

„Ja, aber...!“, ruft da eine empörte Stimme. Hat nicht die VR China in vielen Ländern der Welt in selbstlosester Weise unter großen Opfern die nationalen Befreiungsbewegungen und den Volkskrieg unterstützt (mit der geringfügigen Ausnahme Bengalen, versteht sich)?! Es kostet freilich nicht viel, revolutionäre Bewegungen in Ländern zu unterstützen, in denen man sowieso keine diplomatischen Interessen zu verteidigen hat, es kostet höchstens Geld – aber die Rolle als revolutionärer Moralapostel gegenüber der Sowjetunion muß man sich schon mal was kosten lassen. Aber in *sämtlichen* Ländern, in denen tatsächliche diplomatische Interessen der VR China auf dem Spiel standen – allen voran Indonesien zur Zeit Sukarnos, Kambodscha zur Zeit Sihanouks, Pakistan zu allen Zeiten... (die Reihe ließe sich noch ein Stück fortsetzen – vor allem in Afrika!) – hat sie sich peinlichst genau davor gehütet, sich auf Seiten der revolutionären oder auch nur fortschrittlichen Kräfte in die ‚innenpolitischen Angelegenheiten eines befreundeten Landes‘ einzumischen! Das ist die *friedliche Koexistenz*, wie auch Peking sie versteht.

„Ping-Pong-Diplomatie“

Seit dem Abschluß der „Kulturrevolution“ sucht die Regierung der VR China verstärkt nach einem Ausweg aus ihrer – mindestens zum Teil selbstgewählten – außenpolitischen Isolation. Zu welchen prinzipienlosen Verstößen gegen die revolutionären [4] Interessen der Völker sie dabei imstande ist, zeigt der Flirt mit der Schwester des Schahs von Persien ebenso wie die gegenwärtigen Verhandlungen mit der türkischen Regierung über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen. Daß man uns recht versteht: Auch in der Außenpolitik eines Arbeiterstaates muß revolutionärer Realismus über sentimentalem Moralismus stehen; wir sind also keineswegs der Ansicht, daß eine revolutionäre Regierung grundsätzlich auf diplomatische Beziehungen zu einem Staat, wo ein reaktionäres Regime herrscht, verzichten müsse (wo sollte man denn da auch die Grenze ziehen, will man sich nicht vollends isolieren?!). Aber muß man sich ausgerechnet in dem Augenblick auf ein Techtelmechtel mit dem Schah einlassen, wo dieser den Terror im eigenen Land auf ungeahnte Spitzen treibt, wo er auch noch die letzten Ahnungen einer legalen Opposition ausradiert und Dutzende von Oppositionellen grausam umbringen läßt? Muß man mit der Türkei ausgerechnet in dem Moment über die di-

plomatische Anerkennung verhandeln, wo mit Hilfe des Belagerungszustandes auch in diesem Land die spärlichen Überreste der demokratischen Freiheiten vertilgt werden sollen, wo Hunderte und Tausende ohne Prozeß in den Kerker geworfen werden?!

Die Regierung der VR China nimmt nicht die geringsten Rücksichten darauf, welche katastrophalen Auswirkungen ihre Diplomatie auf die Kampfmoral und den Widerstandsgeist der Revolutionäre in diesen Ländern haben muß und demonstriert dadurch eine souveräne Geringschätzung für die Interessen der internationalen proletarischen Revolution. Es wird allerhöchste Zeit, daß sich die maoistischen ‚Marxisten-Leninisten‘ in aller Welt von ihren Illusionen über die Natur der chinesischen Außenpolitik befreien, sonst stehen ihnen unvermeidlich ebenso entsetzliche Enttäuschungen bevor wie den Revolutionären in Persien, der Türkei und in – *Bengalen!*

Die Rolle Indiens

Es liegt also für den kritischen marxistischen Betrachter keinerlei Geheimnis mehr über der Unterstützung des reaktionären pakistanischen Regimes durch die chinesische Volksrepublik. Von daher hatten die Führer der Awami-Liga sicherlich auch am wenigsten Unterstützung erwartet, denn so illusionär die ‚Politik‘ des Advokaten-Zirkels in Calcutta auch sein mag (die Mitglieder der ‚provisorischen Regierung‘ sind ohne Ausnahme Rechtsanwälte!), so kannten sie das Verhältnis Peking zum Regime in Islamabad doch schon zu lange, um sich in dieser Hinsicht großen Hoffnungen hinzugeben. Ernüchternd dürfte allerdings die bestenfalls lauwarmer Reaktion der indischen Regierung gewirkt haben. Von daher hatte man offenbar weitaus energischere Unterstützung erhofft – und eben hier zeigt sich, wie illusionär und idealistisch eine ‚fortschrittliche‘ Politik bleiben muß, die nicht imstande ist, den Klassenkampf als konstitutiven Bestandteil der Außenpolitik ebenso wie der Innenpolitik in Rechnung zu stellen.

Natürlich muß Indien an einem Zerfall Pakistans interessiert sein, denn dadurch hätte es einen seiner beiden potentiellen militärischen Gegner praktisch vom Hals; vor einem Mehr-Fronten-Krieg gegen Pakistan und China brauchte sich Indira Gandhi nicht mehr zu fürchten und wäre gegenüber China zu einer viel offensiveren Politik fähig. Aber die sprachlichen und kulturellen Bande zwischen dem bislang pakistanischen Ost- und dem indischen Westbengalen haben in der Politik Indira Gandhis haargenau das Gegenteil von dem bewirkt, was die Awami-Ligisten erhofft haben dürften. Sie meinten, weil „Blutsbande“ für idealistische kleinbürgerliche Demokraten ihres Schlages ein Wert an sich sind, könnte sich auch eine ausgekochte Agentin der indischen Großbourgeoisie wie Indira Gandhi solch zwingender Argumente nicht entziehen.

Allerdings hat die indische Regierung ebenfalls allen Grund, gegenwärtig an nichts mehr interessiert zu sein als an der Erhaltung des *status quo* – und an keiner Ecke der indischen Union so sehr wie in Bengalen! Vor wenigen Wochen erst hat Indi-

ras Neue Kongreß-Partei einen ‚überwältigenden‘ Wahlsieg davongetragen – aber dennoch ist das soziale Gefüge Indiens alles andere als stabil. Dieser große Wahlerfolg könnte sich nämlich als ein Bumerang herausstellen: Indira hat ihn nicht gegen die Links-Opposition errungen, sondern gegen die konservative Rechte! Obwohl der ganze Wahlkampf auf ein Duell zwischen Indira und der „großen Allianz“ der Reaktion zugespitzt wurde, hat diese Polarisierung nicht etwa zu einem Aufsaugen der Linksopposition durch Indiras sozialistische Demagogie, sondern im Gegenteil zu einer *Stärkung* der Linken, vor allem der ‚Marxistischen Kommunisten‘¹ geführt. Die ‚Marxistische KP‘ ist natürlich auch keine revolutionäre Partei, aber da eine nennenswerte revolutionäre Kraft links von ihr nicht vorhanden war, muß man den Zuwachs dieser Partei ohne Zweifel als ein Symptom fortschreitender Massenradikalisierung werten. Selbst der unerwartet hohe Anteil der Kongreßpartei spiegelt in gewisser Weise die wachsende soziale Gärung wider, denn Indira hat diesen Wahlkampf im wesentlichen dank ihrer vielen schönen Reden über Sozialismus, Verstaatlichung und andere höchst fortschrittliche Dinge gewonnen.

Was jedoch den Führern der Awami-Liga den dicksten Strich durch die Rechnung gemacht hat, ist dies: Die ‚Marxistischen Kommunisten‘ haben ihre größten Wahlerfolge ausgerechnet in – Westbengalen erzielt! Dort blieben sie knapp unterhalb einer regierungsfähigen Mehrheit und die westbengalische Kongreßpartei, die die Linie Indira Gandhis vertritt, konnte nur knapp eine Regierungskoalition zustandebringen, in der sie noch dazu auf die Moskau-hörige KP und eine kleinere, links davon stehende Gruppe angewiesen ist. Die soziale Unruhe in Westbengalen hatte schon vor Monaten einen Punkt erreicht, an dem „Ruhe und Ordnung“ nur dadurch gewahrt werden konnten, daß die Provinz der direkten Verwaltung durch die Zentralregierung unterstellt wurde. Jede geringfügige Erschütterung in diesem wichtigen Teil des Landes kann zum Sturz der Provinz-Regierung und zur Entfesselung breiter Massenkämpfe führen, die auch die ‚Marxistische KP‘ kaum noch wird zügeln können.

Hätte Indira Gandhi sich auf ein militärisches Eingreifen in pakistanisch-bengalischen Krieg eingelassen, so hätte sie es sich an den Fingern ausrechnen können, wann die bewaffnete Volkserhebung vom östlichen auf den westlichen Teil Bengalens übergreifen würde. Hinzu kam die chinesische Interventions-Drohung. Hier nun kamen die Interessen der Sowjetunion und der USA ins Spiel.

¹ Im Zusammenhang mit der ersten Phase des sowjetisch-chinesischen Konfliktes entwickelte sich Anfang der 60er Jahre in der indischen KP eine Spaltung. Die linke Mehrheit stand zunächst eindeutig auf Seiten Pekings, was u.a. in ihrer prinzipiell korrekten Position des revolutionären Defätismus im indisch-chinesischen Krieg 1962 zum Ausdruck kam. Der rechte Flügel unter Dange unterstützte in diesem Krieg offen die eigene Bourgeoisie und läßt bis heute keine Gelegenheit aus, um sich der Kongreßpartei anzubiedern.

Der Opportunismus der ‚Marxistischen KP‘ besteht demgegenüber in einer Koalitionspolitik, die sich in erster Linie die Schwächung des Kongresses auf der *parlamentarischen* Ebene zum Ziel setzt und, um das zu erreichen, auch vor Bündnissen mit ausgesprochen reaktionären Kräften nicht zurückschreckt. Die Logik dieser Haltung hat die ‚Marxistische KP‘ seit Anfang der 60er Jahr beträchtlich nach rechts gehen lassen.

Keine ausländische Macht hat *unmittelbare* Interessen in Ostbengalen – dieses wurde bislang ausschließlich von westpakistanischen Händlern und Unternehmern sowie von einge- [5] borenen Großgrundherren und Kompradoren ausgebeutet. Aber die Gefahr eines allgemeinen asiatischen Landkrieges – von China über Pakistan und Indien bis Ceylon –, von dem man nicht vorhersagen kann, vor welchen Nachbarländern er halt macht und wann China die ersten Atombomben einsetzt, rief die beiden Supermächte auf den Plan. Der Sowjetunion ist natürlich Ostbengalen an und für sich ebenso gleichgültig wie den USA, oder richtiger: wenn überhaupt, interessiert sie an diesem Land allenfalls die strategische Lage. Es wäre falsch zu glauben, die Sowjetunion habe mit ihren diplomatischen Demarchen in Islamabad zugunsten der Unabhängigkeit von Bangla-Desh die Initiative ergriffen. Wenn Moskau auf ein Ende des Völkermordes an den Bengalen gedrungen hat, so allein, um Indira Gandhi gegenüber der öffentlichen Meinung ihres eigenen Landes eine Ausrede dafür zu ermöglichen, daß sie keine indischen Truppen nach Bengalen in Marsch setzt. Und es ist unter solchen Umständen nur folgerichtig, daß niemand in Indien eine militärische Hilfsaktion so vehement gefordert hat wie eben – die ‚marxistisch-kommunistische‘ Opposition im westbengalischen Provinzparlament! Und um das abstoßende Bild auch nach dieser Seite hin abzurunden, sei darauf hingewiesen, daß auch die ‚Marxisten-Kommunisten‘ das ohne jegliches eigene Risiko tun konnten, denn sie wußten einerseits, daß sie mit dieser populären Forderung erhebliche Sympathien gewinnen würden, daß andererseits aber eine tatsächliche Intervention mit den damit verbundenen lästigen Verwicklungen vollkommen ausgeschlossen war.

Wir sehen also, wie jedermann versucht, auf dem Rücken des bengalischen Volkes sein Schäfchen ins Trockene zu bringen und wie jedermann dabei auf seine Kosten kommt – mit Ausnahme der Beteiligten.

Die bengalische Tragödie II

Der geschichtliche Hintergrund

Die eigentlichen Ursachen für die Tragödie, die sich gegenwärtig in Bengalen abspielt, liegen bereits in der Art und Weise, wie der britische Imperialismus sich den indischen Subkontinent unterworfen hat. Damit ist nicht allein das bekannte „Teile-und-herrsche“-Prinzip gemeint, nach dem die Engländer zunächst den islamischen Bevölkerungsteil Indiens gegen den hinduistischen ausgespielt und schließlich sogar die Bildung jenes merkwürdigen Staatsgebildes Pakistan betrieben haben; die wahre Vorgeschichte des gegenwärtigen westpakistanischen Feldzuges gegen Bengalen beginnt bereits mit der britischen Eroberung selbst.

Die britische Herrschaft in Bengalen...

Die britische Kolonisierung Indiens begann am Anfang des siebzehnten Jahrhunderts und erfaßte vorläufig fast nur die großen Hafenstädte und ihre unmittelbare Umgebung. Erst 1757 beginnen die Engländer mit der Eroberung eines ausgedehnten Territoriums, nämlich *Bengalen*, damals der reichste und wirtschaftlich am weitesten entwickelte Teil des Subkontinents. Die britische Kolonialpolitik war noch nicht in ihr imperialistisches Stadium getreten, und die ganze politische und ökonomische Weisheit der Eroberer beschränkte sich auf ein rücksichtsloses *Ausplündern* der neugewonnenen Provinzen. So wurde dem hochentwickelten Handel – und folglich auch dem entstehenden Kaufmannskapital – frühzeitig das Rückgrat gebrochen; dadurch verlor Bengalen nicht nur ein für allemal die Chance, durch die Verwandlung von Handels- in Industriekapital eine eigene industriell-kapitalistische Entwicklung durchzumachen und so eines Tages eine selbständige Rolle auf dem Weltmarkt spielen zu können, sondern darüber hinaus wurde selbst die Herausbildung einer einheimischen, *nationalen* Bourgeoisie im Keim erstickt. Mit dem Beginn des imperialistischen Zeitalters, das die Kolonien vornehmlich *als Absatzmärkte* ansieht, wird durch die massenhafte Einfuhr billiger britischer Manufakturwaren schließlich auch noch die *Heimindustrie* gründlich zerstört. Die reiche bengalische Oberschicht verwandelt sich so in eine *Kompradoren-Klasse*, d.h. eine Schicht, die den ausländischen Kapitalinteressen als Zwischenhändler oder Wucherer reine Zutreiberdienste leistet, ohne jemals die Chance zu irgendwelcher politischen oder gar wirtschaftlichen Eigenständigkeit zu erlangen. Da die britische Kolonialpolitik zunächst auf bloße, extensive Ausplünderung aus ist, verkommt im Laufe der Jahrhunderte auch die einstmals blühende Landwirtschaft; Bengalen, das zu Beginn der britischen Kolonisierung seine enormen Reis-Überschüsse exportieren konnte, ist heute auf bedeutende Reiseinfuhren angewiesen, wenn seine Einwohner nicht vollends verhungern sollen.

... und in Westpakistan

Ganz anders der heutige Westteil Pakistans. Diese Gebiete sind die letzten Teile Indiens, die Großbritannien seinem asiatischen Imperium einverleibt; in der zweiten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts werden Kolonialeroberungen nicht mehr allein mit dem Säbel in der Hand, sondern vor allem mit dem *Rechenstift* durchgeführt.

Der Pandschab, das Herzstück Westpakistans, ist eine wenig entwickelte Region, als die Engländer dort ihre Herrschaft errichten. Bevor man dort plündern kann, muß erst einmal etwas produziert werden. Der Pandschab wird nicht, wie Bengalen, verwüstet, sondern die britischen Kompanien gehen von einer extensiven zu einer intensiven Ausbeutung über: Sie sind es, die im Siebenstromland Staudämme anlegen und mit künstlicher Bewässerung erst die Voraussetzungen schaffen für eine nennenswerte Entwicklung des Reisanbaus und der Baumwoll-Kultur.

Während also Bengalen unter der britischen Herrschaft stagniert oder sogar darniedergeht, erlebt der spätere Westteil Pakistans einen wirtschaftlichen Aufschwung.

Gibt es eine „pakistanische Nation“?

Dies ist die Situation, als am Ende des vorigen Jahrhunderts die Unabhängigkeitsbewegung der entstehenden einheimischen Bourgeoisie in den *hinduistischen* Provinzen ansetzt (1885 [6] Gründung der Kongreß-Partei). Um die Unabhängigkeitsbestrebungen der hinduistischen Händler und kleinen Industriellen in Schach zu halten, fördert die britische Kolonialverwaltung die Entwicklung der *Moslem-Liga*, einer Bewegung, die sich auf die reaktionärsten Schichten der islamischen Bevölkerungsteile – Großgrundbesitz, Klerus usw. – stützt und die religiösen Gegensätze zwischen Hindus und Mohammedanern zu neuem Leben erweckt; zur gleichen Zeit werden jedoch in der öffentlichen Verwaltung, im Erziehungssystem usw. die Hindus ganz offen privilegiert, um so der konfessionellen Zwietracht neue Nahrung zuzuführen.

In Bengalen führt das dahin, daß sich Bildung und Reichtum in den Händen der hinduistischen *Minderheit* konzentrieren; es entwickelt sich weder eine mohammedanische Bourgeoisie noch eine nennenswerte mohammedanische Intelligenz. Als die „Teile-und-herrsche“-Politik des britischen Imperialismus schließlich 1947 in der Proklamierung des islamischen Separatstaates Pakistan und in der Massenflucht der Hindus aus den mohammedanischen Gebieten gipfelt, steht der bengalische Ostteil der neuen Republik mit einer niedergehenden Landwirtschaft, zerrütetem Handel und ohne eine eingeborene Intelligenz da, die die Verwaltung der Provinz übernehmen könnte. Auf der anderen Seite fliehen die Moslems, die in den hinduistischen Gebieten von massenhaften Pogromen bedroht sind, nicht in das ohnehin überbevölkerte Ostbengalen, sondern lassen sich in den westpakistanischen Provinzen nieder. (In Bengalen lassen sich etwa 1 Mio. Flüchtlinge nieder, im Westen dagegen 7,5 Mio.!) In Westpakistan können die Flüchtlinge innerhalb kürzester Zeit die Lücken auffüllen, die die geflüchteten Hindus hinterlassen haben: Es handelt sich um hohe Beamte der britischen Kolonialverwaltung, um reiche Grundbesitzer aus Nordindien und vor allem um die großen Händler und Geldleute aus Bombay. Der durch den Korea-Krieg hervorgerufene Boom ermöglicht es den neuansässigen Händlern und Finanziers, sich in kurzer Frist in der industriellen Produktion festzusetzen, wobei sie von der pakistanischen Regierung nach Kräften unterstützt werden.

Nichts dergleichen in Ostbengalen. Hier verschärfen die Neuangekommenen bloß die ohnehin hoffnungslose Überbevölkerung. Die notwendigen Kader für den Aufbau der Verwaltung müssen aus dem Westteil des Landes hereingeholt werden – vor allem Sindhs und Pandschabis. Die neuen Banken, die die reichen Flüchtlinge aus Bombay in Karatschi eröffnet haben, etablieren alsbald ihre Filialen in Dacca und Chittagong. Nicht nur die Administration, auch der Handel gerät also auf diese

Weise rasch in die Hände von Westpakistanern, und im Laufe der Zeit dehnen die Geschäftsleute des Westens ihre Kontrolle auch auf die Produktion selbst aus.

Die sozialen Wurzeln des bengalischen Nationalismus

Das Hauptausfuhrgut Pakistans ist die *Jute*; sie macht allein ein Drittel, wenn nicht gar die Hälfte der Exporte aus. Die Jute ist allerdings ein Produkt der Ostprovinz. Es ist die Ostprovinz, die seit Bestehen des Staates Pakistan die Produkte geliefert hat, die Devisen ins Land brachten und so die industrielle Entwicklung des Landes ermöglicht hätten. Aber die Devisen flossen nicht in den Osten, sondern in den Westen: Es waren westpakistanische Händler, die die Jute im Osten einkauften, um sie in westpakistanischen Fabriken weiterverarbeiten zu lassen oder als Rohprodukt auf den Weltmarkt zu bringen. Aber das ist es nicht allein, was das bengalische Volk veranlaßt, sich von Westpakistan auf kolonialistische Art ausgebeutet zu fühlen. Da von Anfang an die westpakistanischen Völker – Pandschabis, Sindh, Pathanen und Baluschis – in der Verwaltung die Überhand hatten (unter den 741 höchsten Staatsbeamten zählt man nur 51 Bengalen, obwohl die Bengalen über die Hälfte der Gesamtbevölkerung stellen), wurde auch von seiten der Zentralregierung wenig unternommen, das wirtschaftliche und soziale Gefälle zwischen den beiden Landesteilen auszugleichen. Im Gegenteil – der Löwenanteil an der ausländischen ‚Wirtschaftshilfe‘ blieb im Westen, statt im Osten für den dringend notwendigen Ausbau der Infrastruktur verwendet zu werden. (Den Nachteil haben zur Zeit allerdings die westpakistanischen Truppen selbst: Die Verkehrswege sind so miserabel, daß es kaum vorstellbar ist, wie die Armee auf die Dauer das Land unter Kontrolle halten soll.) Hinzu kommt noch eine lange Kette von Demütigungen der bengalischen Bevölkerungsmehrheit durch die anderen Nationalitäten, wie z.B. der nur knapp vereitelte Versuch, das im Westen – und das heißt von einer Minderheit – gesprochene Urdu zur alleinigen Amtssprache zu machen.

Der Charakter der Awami-Liga

Die Opposition der Ostbengalen gegen ihre wirtschaftliche und kulturelle Benachteiligung gewinnt verhältnismäßig früh einen politischen Ausdruck in der *Awami-Liga*, die sich aus dem bengalischen Flügel der alten *Moslem-Liga* – die weitgehend die offizielle politische Bühne beherrscht – abgesondert hatte und Mitte der fünfziger Jahre zur dominierenden Kraft im Ostteil des Landes wird. Die Führung dieser Partei wird vornehm- [7] lich von Kleinbürgern und Intellektuellen, d.h. hauptsächlich Advokaten gestellt. Es ist falsch, die Awami-Liga als eine Partei einer ost-bengalischen „nationalen Bourgeoisie“ darzustellen, die es ja, wie oben dargestellt, in einem irgendwie relevanten Sinne gar nicht gibt. Aber natürlich ist die Awami-Liga wie jede andere kleinbürgerliche Partei letzten Endes eine Partei der Bourgeoisie. Die kleinbürgerlichen und intellektuellen Elemente in Bengalen

sind selbstverständlich vor allem deshalb an einer größeren politischen Selbständigkeit ihres Landes interessiert, weil sie hoffen, auf diese Weise die westpakistanischen Händler und Bankiers aus ihren ostbengalischen Positionen zu verdrängen und dann selbst deren freigewordene Plätze einnehmen zu können. Ihr Hauptziel – das sie sich wahrscheinlich selbst nicht eingestehen, sondern mit irgendwelchen menschenfreundlichen Floskeln verschleiern – ist es natürlich, sich selbst in eine wirkliche, industrielle Bourgeoisie zu verwandeln.

An dieser Stelle ist der Hinweis geboten, daß die Awami-Liga keineswegs von Anfang an ein *separatistisches* Programm verfolgt hat. Bis zu den Wahlen im Dezember 1970 vertrat sie vielmehr ein äußerst maßvolles und friedfertiges *Autonomie-Konzept*, d.h. sie war durchaus bereit, sich mit den westpakistanischen Bourgeois zu arrangieren, sofern diese den bengalischen Mächtigen-Kapitalisten einen größeren Platz in ihren Geschäften einzuräumen gewillt waren. Es war vielmehr die *Nationale Awami-Partei*, die jahrelang als die offiziöse *maoistische* Formation in Pakistan galt, welche in den letzten Jahren einen ausgesprochen *nationalistischen* Standpunkt eingenommen hatte. Diese Partei stützte sich vornehmlich auf die Bauernschaft, hatte jedoch auch Einfluß in der freilich sehr schwachen bengalischen Arbeiterklasse, die sich praktisch auf die Städte Dacca und Chittagong beschränkt. Ihre rein populistische Ideologie und ihre außenpolitische Fixierung auf die diplomatischen Manöver Pekings hinderten sie jedoch daran, der allgemeinen Volksopposition gegen das diktatorische Regime Ayub Khans eine revolutionäre Richtung zu geben. Sie mußte deshalb zusehen, wie es die praktisch programmlose Awami-Liga wieder einmal verstand, das Gros der oppositionellen Volksbewegung allein für sich zu kapitalisieren. Nachdem ihr also die Awami-Liga den Rang abgelaufen hatte, machte die NAP aus der Not – dem Umstand nämlich, daß sie sich im Schlepptau Scheich Mujibur Rahmans befand – eine Tugend: Bei den Wahlen zur Verfassungsgebenden Nationalversammlung im Dezember verzichtete sie auf eigene Kandidaten und verschnörkelte diese ihre Kapitulation vor der Liga mit einigen radikalen Worten über die Wertlosigkeit von Wahlen...

Scheich Mujiburs „Unabhängigkeitspolitik“

Die Führer der Awami-Liga dürften vom Ausgang der Dezember-Wahlen nicht minder verblüfft gewesen sein als die Militärregierung, die sich ohne Not auf dieses Abenteuer eingelassen hatte. Beide Seiten mußten nun schlecht und recht mit der unerwarteten Lage fertig werden: Die bengalischen Autonomisten hatten nicht nur praktisch sämtliche Ostpakistanische Mandate, sondern damit zugleich die absolute Mehrheit in der angekündigten Konstituierenden Nationalversammlung errungen! Wollte Scheich Mujibur Rahman nicht unter den bengalischen Massen, die besonders durch die Untätigkeit der Zentralregierung anlässlich der jüngsten Naturkatastrophen verbittert waren, sämtlichen Kredit verspielen, mußte er sich angesichts der neuerrungenen scheinbaren Machtfülle der Liga auf einen möglichst harten Standpunkt stellen; selber in den parlamentarisch-pazifistischen Illu-

sionen, die er seinen Anhängern suggeriert hatte, vollständig gefangen, bildete er sich ein, mit den Vertretern der Armee und der Bourgeoisie von Karatschi, d.h. mit *Yahia Khan* und dem ehemaligen Außenminister *Bhutto* wie mit Juniorpartnern verhandeln zu können. Indessen war klar, daß weder die Armee noch das westpakistanische Kapital irgendwie bereit waren, auf die zunächst relativ maßvollen Autonomieforderungen der Bengalen einzugehen. Auf der anderen Seite rief der Wahlsieg der Awami-Liga in Bengalen eine allgemeine Volksmobilisierung hervor, die sich angesichts der Hinhaltetaktik der Emissäre aus Islamabad zusehends radikalisierte. Wollte Mujibur diese Bewegung unter Kontrolle halten, mußte er seine Forderungen ebenfalls in die Höhe treiben. Indem er aber immer noch davor zurückschreckte, das Wort ‚Unabhängigkeit‘ offen auszusprechen – obwohl seine Forderungen inhaltlich schließlich auf nichts anderes mehr hinausliefen –, nährte er bis zum Schluß die eiteln Hoffnungen auf eine ‚friedliche Regelung‘ – und das selbst noch, [8] nachdem Bhutto und die Regierung in Islamabad durch die unbestimmte Verschiebung der Verfassungsgebenden Versammlung unmißverständlich klargemacht hatten, daß an eine Parlamentarisierung des Regimes erst zu denken wäre, wenn diejenigen Forderungen der Autonomisten, die eine tatsächliche Einschränkung der Macht des westpakistanischen Kapitals bedeutet hätten, vom Tisch waren. Noch als die Ostprovinz de facto längst unter der Administration der Awami-Liga stand, redete Mujibur von einer „Konföderation“ und spielte ahnungslos jene „Verhandlungs“-Farce mit, die Bhutto und Yahia Khan nur in Szene setzten, um Zeit für die Vorbereitung einer militärischen Aktion gegen die Ostprovinz zu gewinnen. Als dann die militärische Besetzung begann, war die Awami-Liga vollständig unbewaffnet, und das, obwohl sie doch bereits wochenlang die wirkliche Macht in Ostpakistan ausgeübt hatte!

Angesichts solcher Musterprobe von Spießbürger-Idealismus fällt es schwer, für jene „Marxisten-Leninisten“, die uns irgendwie glauben machen wollen, hinter der ganzen bengalischen Unabhängigkeitsbewegung verberge sich der Planungsstab des Pentagon, mehr aufzubringen als ein mitleidiges Lächeln...

Wir wollen hier nicht wiederholen, was wir über die Erwartung der Awami-Liga, ihnen würde die Hauptarbeit von irgendeiner Großmacht abgenommen, bereits im vorigen Heft gesagt haben. Immerhin ist es interessant, daß die USA trotz offiziellen Embargos bis heute ihre Waffenlieferungen an die pakistanische Regierung keineswegs eingestellt hat und daß Indien die „Provisorische Regierung von Bangla-Desh“ in Calcutta mittlerweile immer offener wie Staatsgefangene 1. Klasse behandelt, vor allem seit New Delhi nach dem Rücktritt der Kongreß-Koalitionsregierung von Westbengalen die direkte Kontrolle der Provinz übernommen hat. Die indische Zentralregierung hat offensichtlich nicht einmal die diplomatische Note, in der sie die Großmächte zur offiziellen Anerkennung der Exilregierung in Calcutta auffordern wollte, an ihre Adressaten weitergereicht! Auch dies ein Umstand, der sich gegenüber den „marxistisch-leninistischen“ Versicherungen, Indien sei der eigentliche Drahtzieher der ganzen Affaire, recht eigentümlich ausnimmt...

Es wird uns in der nächsten Ausgabe dieser Zeitschrift beschäftigen, wie jene „Revolutionäre“, die bis gestern in bester ‚realpolitischer‘ Manier auch die schäbigsten Kompromisse der maoistisch beeinflussten revolutionären Bewegungen zu rechtfertigen wußten, auf einmal die offensichtliche kleinbürgerliche Borniertheit der derzeitigen Führer des bengalischen Widerstandes zum Vorwand nehmen, um ... die Unterstützung der VR China für die Soldateska Yahia Khans zu beschönigen! Wir werden die Gelegenheit nutzen, um diesen Gralshütern der „marxistisch-leninistischen“ Orthodoxie (chinesische Variante) einmal die Grundsätze auseinander zu legen, aus denen die Marxisten ihre Stellung zu nationalen Unabhängigkeitsbewegungen im konkreten Fall abzuleiten haben...

MARXISMUS UND NATIONALE FRAGE

Bengalen: Marxismus und nationale Frage

Als seinerzeit deutlich wurde, daß die VR China entschlossen war, im Konflikt zwischen dem bengalischen Volk und der Militärdiktatur Yahya Khans ihre Großmachtinteressen über die Interessen der Revolution zu stellen und sich auf die Seite der westpakistanischen Soldateska schlagen würde, zweifelten wir nicht daran, daß es den westdeutschen Volkskriegs-Enthusiasten auch diesmal gelingen würde, ihre ‚marxistisch-leninistischen‘ Prinzipien mit dieser neuen opportunistischen Wendung der chinesischen Außenpolitik auszusöhnen. Immerhin konnten die meisten „ML“-Gruppen jedoch eine gewisse Verlegenheit nicht verhehlen – freilich mit Ausnahme der gleichermaßen zynischsten und überheblichsten unter ihnen, der Westberliner KPD-OO. In ihrer übergroßen Eile, ihre Servilität gegenüber der chinesischen Diplomatie erneut unter Beweis zu stellen, wartete sie nicht einmal die offiziellen Rechtfertigungs-Floskeln der Peking Rundschau ab, sondern machten sich daran, eine eigene ‚marxistisch-leninistische‘ Begründung aufzuzutischen – nachzulesen in der Roten Pressekorrespondenz Nr. 116. In demselben Text, der völlig korrekt das bisherige Verhältnis Ostbengalens zu Westpakistan als das einer „inneren Kolonie“ beschreibt, rechtfertigen dieselben Leute, die bislang noch immer das Bündnis mit irgendwelchen „fortschrittlichen Prinzen“ für wichtiger gehalten haben als die historischen Interessen der Arbeiterklasse und der unterdrückten Bauernmassen, ihre Stellungnahme gegen die bengalische Unabhängigkeitsbewegung damit, daß deren Führung vorläufig noch immer in den Händen der *Awami Liga* liege, und da dies eine Partei der ostbengalischen Bourgeoisie sei, die ja nur die Herrschaft des westpakistanischen Kapitals durch ihre eigene ersetzen wolle, könnten die Kommunisten eine solche Bewegung unter keinen Umständen unterstützen!

Es hat ja wirklich lange gedauert, bis diese bedingungslosen Anhänger jedweder ‚nationalen‘ oder sonstwelchen ‚Volksfront‘ begriffen haben, daß die sogenannte ‚nationale Bourgeoisie‘ natürlich auch im Rahmen der nationalen Unabhängig-

keitsbewegung in erster Linie ihre *eigenen*, d.h. *ihre Ausbeuterinteressen* verfolgt. Die ‚nationale Unabhängigkeit‘ schwebt eben nicht „über den Klassen“ und setzt den Klassenkampf keineswegs außer Kraft. Aber ach – selbst dieser unverhoffte Rückgriff auf den Klassenstandpunkt dient dem einheimischen ‚Marxismus-Leninismus‘ nur wieder zur Bemäntelung seiner eigenen, bis in die Knochen opportunistischen Politik!

Lenin und das Selbstbestimmungsrecht der Nation

Aber beleuchten wir doch das scheinbar so radikale und prinzipienfeste Argument der KPD-00 einmal etwas gründlicher mit dem Lichte der marxistischen Theorie! Dabei werden wir finden, daß ein ähnlicher Standpunkt in der Diskussion unter Marxisten keineswegs neu ist, ja er hat sogar am Anfang des 1. Weltkrieges in der berühmten Auseinandersetzung zwischen Lenin und Rosa Luxemburg über das Selbstbestimmungsrecht der Nationen eine nicht unwesentliche Rolle gespielt. Es wird die ‚Theoretiker‘ der KPD-00 hoffentlich nicht kränken, wenn wir daran erinnern, daß es eben nicht Lenin, sondern Rosa gewesen ist, die diesen Standpunkt mit der ihr eigenen Heftigkeit vertreten hat – und sich dafür den sarkastischen Spott Lenins gefallen lassen mußte! Lenin jedenfalls machte sich keine Illusionen über die Motive, die die ‚nationale Bourgeoisie‘ zur Teilnahme an der nationalen Bewegung veranlassen, und er wußte, daß sie alles andere als menschenfreundlich waren: „Jede Bourgeoisie will in der nationalen Frage entweder Privilegien für ihre eigene Nation oder exklusive Vorteile für sie“; das Proletariat jedoch „ist gegen jedes Privileg, gegen jede Exklusivität“.¹ Und dennoch war es gerade Lenin, der das marxistische Postulat der unbedingten Anerkennung des Rechts einer jeden Nation auf Selbstbestimmung, d.h. auf Bildung eines eigenen Staatswesens, geprägt hat – und das, obgleich ihm völlig klar war, daß die Bourgeoisie „am Anfang jeder nationalen Bewegung natürlicherweise als deren Hegemon (Führer) auftritt“! Wie das?! Soll das etwa heißen, daß die Arbeiterklasse ‚am Anfang jeder nationalen Bewegung‘ ihre Klasseninteressen ‚natürlicherweise‘ hinter die der „führenden“ Bourgeoisie zurückstellen müsse?! Das ist freilich die Alternative für alle jene „Leninisten“, die wie die KPD-OO durch die metaphysische Schule Josef Stalins gegangen sind: Entweder Kapitulation und bedingungslose Unterordnung unter die bürgerlichen, wenn nicht gar feudalen „Führer“ der nationalen Bewegung – oder Leugnung des Rechts auf Selbstbestimmung. Prinz Sihanouk oder Yahya Khan – mehr hat im stalinistischen Weltbild keinen Platz. Aber das ist eben nicht Lenin, sondern Stalin. Lenin nämlich wußte als guter Dialektiker, daß sich ein dermaßen historisch bedingtes Phänomen wie die nationalen Bewegungen nicht mit ewigwährenden, eben **[9]** *metaphysischen* ‚Prinzipien‘, sondern nur mittels einer konkreten Analyse der konkreten Bedingungen meistern läßt:

¹ Lenin, Ausgewählte Werke in III Bd., 1/697 [= [LW 20](#), 212. Anm. SpaBu-Doku.]

„Eine unbedingte Forderung der marxistischen Theorie bei der Untersuchung jeder wie immer gearteten Frage ist, sie in einen bestimmten historischen Rahmen zu stellen und ferner, wenn es sich um ein Land handelt (zum Beispiel um das nationale Programm für ein bestimmtes Land), die konkreten Besonderheiten zu berücksichtigen, die dieses Land innerhalb ein und derselben historischen Epoche von anderen Ländern unterscheiden.“²

Es geht Lenin also keineswegs darum, daß die Kommunisten stets und unter allen Umständen die Bestrebungen eines Volkes nach Lostrennung vom bisherigen Staatsverband selbst aktiv unterstützen müßten – das hängt allein von den konkreten Umständen ab, die darüber bestimmen, ob eine nationale Unabhängigkeitsbewegung unter den gegebenen Bedingungen eine progressive oder eine reaktionäre Rolle spielt. Lenin sträubt sich gerade gegen den überaus *doktrinären* Versuch Rosa Luxemburgs, aus einer allgemeinen Einschätzung der imperialistischen Epoche, aus allgemeinen Aussagen über den Charakter der „nationalen“ Bourgeoisie direkt, ohne jede historische Vermittlung, konkrete Schlußfolgerungen für eine bestimmte nationale Bewegung abzuleiten.

Während Lenin also die Entscheidung darüber, ob die Kommunisten unter bestimmten Umständen selbst die Losung der staatlichen Lostrennung ausgeben und unterstützen, einer konkreten Analyse der historischen Bedingungen vorbehält, beharrt er doch nicht minder entschlossen auf der bedingungslosen Anerkennung des Rechts einer jeden Nation, über ihr Schicksal, über ihre Staatsform selbst zu entscheiden. Sollte also eine unterdrückte Nation die Bildung eines Separatstaates beschließen, obwohl die Kommunisten darin im konkreten Fall eine Zersplitterung der einheitlichen Front der Arbeiterklasse sehen, so hätten sie dennoch die Pflicht, ihr Recht auf Lostrennung zu verteidigen und es gegebenenfalls gegen den Versuch einer gewaltsamen Rückeroberung durch ihre bisherigen Unterdrücker mit der Waffe in der Hand zu verteidigen. Aber ist das nicht ein Widerspruch? Angenommen, eine bislang unterdrückte Nation weigert sich, der Nation ihrer bisherigen Unterdrücker auf dem Weg in die proletarische Revolution zu folgen und beharrt darauf, sich ihren eigenen, bürgerlichen Staat zu geben – wie das z.B. nach der Oktoberrevolution in Polen geschah?! Soll man der proletarischen Revolution im Ernst zumuten, unter solchen Verhältnissen der unterdrückten Nation ein unveräußerliches „Anrecht“ auf ihre eigene einheimische Konterrevolution zuzugestehen? Diese Frage stellte auch Rosa Luxemburg, und die spätere Geschichte hat gezeigt, wie real dieser scheinbare Widerspruch in Lenins Position gewesen ist. Und dennoch bekräftigte Lenin seinen Standpunkt: Ja, auch in einem so ungünstigen Fall bleibt der proletarischen Partei keine andere Wahl, als das Recht auf nationale Unabhängigkeit anzuerkennen und zu respektieren.

Denn worum geht es der Arbeiterklasse eigentlich, wenn sie gegenüber der nationalen Frage Stellung bezieht? Etwa um irgendein ewiges, überhistorisches, vielleicht gar moralisches „Prinzip“? Weit gefehlt, denn als einzige internationale Klas-

² ebda, S. 688 [= [LW 20](#), 403. Anm. SpaBu-Doku.]

se der Geschichte hat das Proletariat selbstverständlich keine eigenen nationalen Interessen zu vertreten: „Für das Proletariat sind sie den Interessen des Klassenkampfes untergeordnet.“ Denn: „Dem Lohnarbeiter ist es ganz gleichgültig, ob er vorwiegend von der großrussischen Bourgeoisie ausgebeutet wird, die gegenüber der fremdstämmigen den Vorrang hat, oder von der polnischen Bourgeoisie, die gegenüber der jüdischen den Vorrang hat usw.“³ Es geht darum, *welcher Taktik* es der proletarischen Partei erlaubt, ihrer Hauptaufgabe – der Vereinigung der gesamten Arbeiterklasse auf dem Boden des kommunistischen Programms und die Gewinnung der anderen unterdrückten Schichten des Volkes für die Sache des Proletariats – einen Schritt näher zu kommen; welche Taktik es also der kommunistischen Partei ermöglicht, den Versuch der Bourgeoisie der unterdrückten Nation zu vereiteln, ihre Arbeiter gegen ihre Klassenbrüder, die Arbeiter der unterdrückten Nation, auszuspielen und so die einheitliche Kampffront der ganzen Klasse zu zersplittern.

Und eben dieses Ziel kann die kommunistische Partei gerade nicht erreichen, wenn sie sich tatsächlich oder auch nur scheinbar in den Dienst der chauvinistischen Propaganda der Unterdrücker stellt und ihnen bei ihrem Versuch, unter dem Firmenschild „Einheit der Nation“ die Jagdgründe ihrer Ausbeutung unversehrt zu erhalten, auch noch behilflich ist. Gerade durch eine solche Haltung würde die proletarische Partei die Arbeiter und noch viel mehr die Massen des unterdrückten Kleinbürgertums umso sicherer den nationalistischen Rattenfängern der „eigenen“ Bourgeoisie in die Arme treiben, denn der erklärte Internationalismus des kommunistischen Programms müßte ihnen als eine ganz besonders heuchlerische Maskierung der Ausbeuterinteressen der unterdrückenden Nation erscheinen. Allein wenn die Kommunisten bedingungslos das Recht der unterdrückten Nation auf staatliche Selbständigkeit anerkennen, gewinnen sie in den Augen der unterdrückten Nation das Recht, darüber mitzureden, ob im konkreten Fall die staatliche Unabhängigkeit tatsächlich im Interesse der Arbeiter, Bauern und unterdrückten Kleinbürger liegt, oder ob sie nicht doch wieder ausschließlich der Ausbeuterklasse zugute kommt. So erwirbt sich die proletarische Partei schließlich auch das Recht, im gegebenen Fall gegen die Losung der staatlichen Selbständigkeit Stellung zu nehmen.

Denn ebenso wenig, wie das grundsätzliche Recht auf Ehescheidung den einzelnen Ehepartner verpflichtet, seine Ehe aufzulösen, ist das Recht auf staatliche Selbständigkeit eine Verpflichtung zur Sezession:

*„Es ist nicht schwer zu begreifen, daß die Anerkennung des Rechts der Nationen auf Lostrennung durch die Marxisten ganz Rußlands und in erster Linie durch die großrussischen keineswegs ausschließt, daß die Marxisten dieser oder jener unterdrückten Nation gegen die Lostrennung agitieren.“*⁴

³ ebda, S. 711 [= [LW 20](#), 438. Anm. SpaBu-Doku.]

⁴ ebda, S. 738; vgl. auch S. 717! [= [LW 20](#), 458, FN * und 437 f. Anm. SpaBu-Doku.]

Anders als seinerzeit Lenin, müssen wir heute sogar annehmen, daß der Sache der polnischen und der internationalen Revolution mehr gedient gewesen wäre, wenn die gesamte polnische Sozialdemokratie ebenso wie Rosa Luxemburg entschlossen gegen die Lostrennungs-Parolen ihrer chauvinistischen großen und kleinen Bourgeois Stellung bezogen hätte! Hätte die Bildung eines bürgerlichen polnischen Nationalstaats im Gefolge der russischen Revolution verhindert werden können – kein Zweifel, daß das Gesicht der Welt heute anders aussähe!

Spanien steht heute unterm Gesichtspunkt der nationalen Frage vor fast denselben Problemen wie einst Polen, das ja den industriell fortgeschrittensten Teil des Zarenreichs ausmachte und deshalb über die kämpferischste Arbeiterklasse verfügte. Was Leo Trotzki 1931 über die nationale Bewegung Kataloniens geschrieben hat, gilt noch heute unverändert – und nicht mehr nur für Katalonien, wo der Nationalismus erheblich an Vitalität eingebüßt hat, sondern umso mehr im Baskenland: *„Katalonien bildet die Avantgarde. Wenn diese Avantgarde jedoch nicht Schulter an Schulter mit dem Proletariat, und weiter auch mit der Bauernschaft von ganz Spanien gehen wird, so wird die katalanische Bewegung bestenfalls als grandiose Episode im Stile der Pariser Kommune enden. Der nationale Konflikt kann den Kampfkessel so erhitzen, daß die katalanische Explosion erfolgt, lange bevor die Situation in Spanien für die zweite Revolution reif wird. Es wäre das größte historische Unglück, wenn das katalanische Proletariat unter dem Einfluß nationalen Siedens und Garens sich auf den Weg des Entscheidungskampfes locken lassen würde, bevor es ihm gelungen ist, sich mit dem Proletariat ganz Spaniens zu vereinigen....*

Worin besteht die Gefahr der kleinbürgerlichen nationalen Illusionen? Darin, daß sie imstande sind, das Proletariat Spaniens in verschiedene nationale Richtungen zu spalten. Das ist eine sehr ernste Gefahr. Aber die spanischen Kommunisten können gegen diese Gefahr nur auf eine Weise mit Erfolg kämpfen: indem sie schonungslos die Gewalttaten der Bourgeoisie der herrschenden Nation entlarven und sich dadurch das Vertrauen des Proletariats der unterdrückten Nationalitäten erobern. Jede andere Politik wäre gleichbedeutend mit der Unterstützung des reaktionären Nationalismus der imperialistischen Bourgeoisie der herrschenden Nation gegen den revolutionär-demokratischen Nationalismus des Kleinbürgertums der unterdrückten Nation.“⁵

Eigentlich könnte unsere Darstellung hier abbrechen, denn Lenins wesentliche Argumente sind ebenso einfach wie schlagend, und man sollte nicht meinen, daß sie noch des Kommentars bedürfen. Jedenfalls ist die politische und intellektuelle Korruption jener Verehrer der Maotsetzung-ideen, die imstande sind, ihren Lenin auf den Kopf zu stellen und, wo nötig, von innen nach außen zu krempeln, wenn es die Zufälligkeiten der Pekinger Diplomatie erheischen, bis aufs Hemd entlarvt. Beiläufig sei noch bemerkt, daß sie ebenso jene selbsternannten „Trotzkisten“, die mit dem großen Namen *Vierte Internationale* hochstapeln, der Lächerlichkeit

⁵ Trotzki, Die span. Revolution und die ihr drohenden Gefahren, Bln. 1931, S. 31 ff.

preisgeben, die sich angesichts der Massaker in Biafra verlegen den Kopf kratzten, weil sie nicht wußten, welcher Seite sie opportunerweise ihre mehr oder weniger „kritische“ Unterstützung angedeihen lassen sollten, und die kein Sterbenswörtchen über die Lippen brachten, bis der Sieger endlich feststand, und auch danach höchstens ein paar elegische Seufzer über die Schlechtigkeit des Imperialismus, namentlich des französischen, hinterdreinschickten. Recht der Ibos auf nationale Selbstbestimmung? Nie von gehört! Die momentanen Erfordernisse der Rekrutierungspolitik: „Absahnen, wo es was abzusahnen gibt“ – haben es zuwege gebracht, daß ausgerechnet diese „internationalen Marxisten“ heute ein schrilles Geschrei anstimmen ob der Verrätereien der chinesischen Außenpolitik. Wer im Glashaus sitzt...! Wo mögen sie nur die derzeit so geräuschvoll zu Markte getragenen proletarisch-internationalistischen ‚Prinzipien‘ in der Zeit des nigerianischen Bürgerkrieges vergraben haben?

Wie Lenin von Stalin verbessert wurde...

Wie gesagt – wir könnten an dieser Stelle eigentlich abbrechen – *könnten* – wenn nicht der Marxismus in den letzten vier bis fünf Jahrzehnten von jener Nervenkrankheit heimgesucht worden wäre, die wir Stalinismus nennen. Ebensowenig wie jedes andere Problem der marxistischen Theorie hat die nationale Frage diese schwere Prüfung unversehrt überstanden, [10] und deshalb bedürfen die einfachen und klaren Gedanken Lenins heute, nach fast sechzig Jahren, doch wieder einer ausführlichen theoretischen Erläuterung.

Schon als jungem Menschen war dem Josef Stalin nämlich die dialektische Denkweise seines damals noch respektierten Lehrers Lenin nicht recht geheuer. Daß ein konkretes nationales Problem in jedem einzelnen Falle einer erneuten konkreten Prüfung bedürfe, erschien seinem über die Maßen scholastischem Verständnis der marxistischen Theorie bereits 1913 nicht ‚prinzipienhaft‘ genug. Und so ging er daran, seinen Meister Lenin dahingehend zu verbessern, daß er nach einigen ewigwährenden Kriterien suchte, nach denen zu entscheiden wäre, was denn eigentlich eine Nation sei, und wer denn nun eigentlich das ‚Recht‘ auf nationale Selbstbestimmung hätte. Daß eben die ‚Nation‘ ein historisch gewachsenes, mit der Herausbildung der bürgerlichen Gesellschaft unlösbar verknüpftes Phänomen ist, wollte seiner recht einfachen Denkungsart nicht in den Sinn. Und so entschied er, vom Olymp dessen herab, was er unter marxistischer Theorie verstand, daß sich die ‚Nation‘ in folgenden – summa summarum sieben – Merkmalen ein für alle Mal ‚erschöpfe‘: *„Eine Nation ist eine historisch entstandene stabile Gemeinschaft von Menschen, entstanden auf der Grundlage der Gemeinschaft der Sprache, des Territoriums, des Wirtschaftslebens und der sich in der Gemeinschaft der Kultur offenbarenden psychischen Wesensart.“*⁶

⁶ J. Stalin, „Marxismus und nationale Frage“, zit. nach d. gleichnam. Broschüre d. „Notwehr“-Verlags, Münster o.J., S. 8 [im internet unter: <http://www.stalinwerke.de/band02/b02-050.html> und

Und um auch künftigen Generationen von Marxisten unnötiges Nachdenken vor-
derhand zu ersparen, fügte er der größeren Einfachheit halber erklärend hinzu:

*„Es muß hervorgehoben werden, daß keines der angeführten Merkmale, einzeln
genommen, zur Begriffsbestimmung der Nation ausreicht. Mehr noch: Fehlt nur
eines dieser Merkmale, so hört die Nation auf, eine Nation zu sein.“ (a.a.O.)*

Wir wollen uns hier nicht weiter an der inneren Ungereimtheit dieser ‚Position‘ auf-
halten (z.B. Welche andere „psychische Wesensart“ kann ein Volk für den Mate-
rialisten denn wohl noch aufweisen, als „die in der Gemeinschaft der Kultur“ – d.h.
in der gemeinsamen Geschichte und der gemeinsamen Sprache – „sich offenba-
rende“?!). Eines hat diese undialektische Verkrüppelung von Lenins Gedanken
innerhalb der kommunistischen Weltbewegung immerhin bewirkt: Ging es Lenin
noch darum, auf der Grundlage unbedingter Anerkennung des Selbstbestim-
mungsrechts einer jeden Nation erst konkret zu entscheiden, ob eine bestimmte
Unabhängigkeitsbewegung vom Standpunkt der proletarischen
Klasseninteressen fortschrittlich sei oder nicht, verkürzt sich nach Stalin
die ganze Frage darauf, wem man das Recht zugesteht oder streitig macht,
sich ‚Nation‘ nennen zu dürfen. Der Notwendigkeit einer konkreten historischen
und materialistischen Analyse ist man damit glücklich enthoben.
Man braucht bloß noch nachzuschauen: Erfüllt diese oder jene Volksgruppe unse-
re ewigwährenden sieben Kriterien oder fehlt da etwa eines?
Sind alle sieben voll – sollen sie in Gottes Namen ihre Unabhängigkeit
haben; aber fehlt da auch nur ein einziges – wehe ihnen!

Und dabei erweisen sich diese scheinbar so zeitlosen Maßstäbe als so
subjektiv wie nur irgend möglich. In ihrer grenzenlosen Dehnbarkeit
geben sie eine prächtige ‚theoretische‘ Grundlegung ab für die Willkür und
den Opportunismus der sowjetischen Außenpolitik seit Stalins Sieg. Man
muß nicht mehr marxistisch begründen, weshalb man diese Unabhängigkeitsbe-
wegung (einschließlich ihrer bürgerlichen Führung) unterstützt
(und unter welchen Bedingungen), jene andere dagegen nicht – sondern
man muß nur noch konstatieren, daß alle Kriterien vollzählig versammelt
sind; und wenn die außenpolitische Opportunität erheischt, einer bestimmten Un-
abhängigkeitsbewegung in den Rücken zu fallen – dann behauptet
man schlicht, eines der heiligen Kriterien fehle. Was bedeutet es zum Beispiel,
wenn man im Zeitalter des Imperialismus von irgendeiner nationalen Minderheit
verlangt, sie solle ein „gemeinsames Wirtschaftsleben“ vor weisen? Über ein be-
sonderes, eigenes Wirtschaftsleben verfügt unter den Bedingungen des imperiali-
stischen Weltmarkts selbst die souveränste kapitalistische Nation nicht! Verlangt
man also von der unterdrückten Minderheit, sie solle ein anderes als das kapitali-
stische Wirtschaftssystem vorzeigen können?! Oder sollen sie gar nachweisen,
daß z.B. das baskische Volk (Nordwestspanien) über eine komplette eigene kapi-
talistische Klassenstruktur verfüge, daß also die baskischen Arbeiter von ihren

‚eigenen‘ den baskischen Kapitalisten ausgebeutet werden?! Aber eben dann würde es sich doch am allerwenigsten um eine unterdrückte Nation handeln! ‚Nationale Unterdrückung‘ soll doch gerade heißen, daß ein Volk von einer *anderen* Nation ausgebeutet wird...

Nicht besser steht es mit den anderen ‚Merkmalen‘. So haben wir seinerzeit hören können, man könne den *Ibos* in Nigeria (bzw. in *Biafra*) deswegen den Titel ‚Nation‘ und folglich auch das Selbstbestimmungsrecht nicht zugestehen, weil sie angeblich keine gemeinsame Kultur, kein gemeinsames Wirtschaftsleben, zunächst nicht einmal ein gemeinsames Territorium gehabt hätten oder weil sie einfach... keine „historisch entstandene stabile Gemeinschaft“ wären – und schon das Fehlen eines einzigen Merkmals sollte ja ausreichen, dieses Volk als Nation zu disqualifizieren. Dasselbe Geschäft kann man natürlich ebenso leicht mit den ostpakistanischen Bengalen besorgen – aber dummerweise auch mit den Deutschen, Engländern oder Franzosen. Wie ist es denn mit der „Stabilität“ der Gemeinschaft der ‚deutschen Menschen‘ bestellt – gar nicht zu reden von der ‚historischen Gewachsenheit‘?! War nicht stets die ‚Gemeinschaft der Kultur‘ und noch mehr die der ‚psychischen Wesensart‘ unter den deutschen Stämmen eine ziemlich heikle Angelegenheit? Hat es folglich nie eine deutsche Nation gegeben?!

Wir sehen also – mit Stalins ‚Merkmalen‘ kann man alles und nichts begründen. Sie sind die ideale Rechtfertigung für eine Außenpolitik, die schon längst nicht mehr an den historischen Interessen des Weltproletariats orientiert ist, sondern an den kleinlichen und eigensüchtigen Interessen einer verselbständigten Bürokratenkaste. Damit sei nicht gesagt, daß Josef Stalin bereits 1913, als ihm Lenin noch über die Schulter schaute, den Plan zu seinen späteren Verrätereien fertig in der Tasche gehabt hätte; andersrum: Es ist gewiß kein Zufall, daß im Verlauf der bürokratischen Konterrevolution in Sowjetrußland gerade einem Mann vom intellektuellen Schlage eines Stalin die Rolle des Bonaparte zufiel...

Die historische Bedingtheit der nationalen Frage

Wie auf so vielen anderen Gebieten der kommunistischen Theorie müssen wir praktisch auch hier wieder an den allerersten geschichtlichen Voraussetzungen neu anknüpfen, wenn wir den Marxismus aus der Schutthalde befreien wollen, unter der ihn vier Jahrzehnte Stalinismus begraben haben. Kaum ein marxistischer Terminus wird noch mit dem begrifflichen Inhalt in Zusammenhang gebracht, der ihm ursprünglich zugeordnet war. Es reicht leider nicht mehr aus, bloß zu wiederholen, daß der Marxismus ‚jede wie immer geartete Frage‘ stets in einen ‚bestimmten historischen Rahmen stellt‘ und dabei die ‚konkreten Besonderheiten berücksichtigt‘, die eine bestimmte Frage unter je verschiedenen Bedingungen im einzelnen Fall kennzeichnen; sogar eine solche, kaum mißverständliche Aussage ist zur Leerformel erstarrt. Man wird *vordemonstrieren* müssen, wie eine historische und materialistische Analyse konkret vorgeht. **[11]**

Wir werden zunächst feststellen können, daß das Problem der Nation, ja sogar der Begriff selbst, erst mit dem Aufstieg der bürgerlichen Gesellschaft im Schoße der feudalen Ordnung auftaucht. Die feudale Welt kennt Reiche, aber keine Nationen. Es fällt niemandem störend auf, daß unter derselben königlichen Herrschaft Völker verschiedenster Kultur und Sprache vereinigt sind. Grundlage der Staatsbildungen ist nicht die Nationalität, sondern sind *dynastische Erbfolge und Eroberung*. Der Begriff der Nation ist die ideologische Waffe, die sich die aufstrebende Bourgeoisie eigens zum Kampf gegen die ständisch-absolutistische Ordnung geschmiedet hat, deren Zwangsjacke ihr längst zu eng geworden war. Und unter diesem Begriff verbirgt sich sowohl das wesentliche gesellschaftliche Interesse, durch welches die Bourgeoisie in Gegensatz zum System der Stände und Zünfte und der damit verbundenen Privilegien geraten war, als auch die *politische Form*, unter der sie dieses gesellschaftliche Interesse zu verwirklichen gedachte: Auf der einen Seite zielt die Losung der Nation auf die Herstellung eines einheitlichen, überschaubaren und nach außen abgesicherten *Marktes* – und damit gegen die Kleinstaaterei, Privilegien einzelner Provinzen, einen undurchdringlichen Wald innerer Zollgrenzen usw. Auf der anderen Seite setzt sie gegen das Prinzip der dynastischen Legitimität als Grundlage der Staatsverfassung das Prinzip des Staatsvolks – der „Nation“ eben. Maßstab für die Bildung – und folglich auch die Verfassung – eines Staatsverbandes soll nicht mehr der Willkür der Eheschließungen zwischen den Fürstenhäusern sein (mit all den dazugehörigen Erbfolgehändeln), sondern die Gemeinsamkeiten des Volkes, das jenes Staatsgebiet bewohnt. So erweist sich der Begriff der Nation als die unabdingbare ideologische Voraussetzung für das politische Programm der „Volkssouveränität“, unter deren Fahnen die Bourgeoisie schließlich der absoluten Monarchie und damit den letzten Resten der Feudalität ihr ‚letztes Gefecht‘ liefert.* Ohne die Ideologie des Nationalismus wäre die bürgerliche Demokratie schlechterdings unmöglich gewesen. Der Nationalismus spielte also – entgegen landläufigen Vorurteilen – zunächst und vor allen Dingen eine eminent *demokratische* Rolle.

Es ist auch kein Zufall, daß die Bourgeoisie den einheitlichen Markt zunächst in der Form des *Nationalstaates* anstreben mußte; es ist natürlich auch nicht ausschließlich aus den enormen *ideologischen* Vorteilen zu erklären, die die Herauskehrung des Nationalen für die Durchsetzung der politischen Interessen der Bourgeoisie mit sich brachte – Verknüpfung mit der ‚Volkssouveränität‘; Möglichkeit, die unterdrückten und ausgebeuteten Volksmassen unter einem gemeinsamen Banner in den Kampf gegen den Absolutismus zu führen usw.

...Dazu hätte – unter rein politischen Gesichtspunkten – notfalls auch ein bloß-demokratisches Programm im Rahmen eines *Vielvölkerstaates* ausgereicht. Nein,

* Das heißt nicht, daß es nicht auch schon vor dem Aufstieg der Bourgeoisie Unabhängigkeitskriege gegen fremde Eroberung gegeben hätte. Aber das hat nichts mit ‚Nation‘ zu tun; hier handelt es sich um Abwehrkämpfe einzelner Stämme oder Stammesverbände, die ihre rückständige – patriarchalische usw. – Gesellschaftsform gegen das Eindringen überlegener Kulturen zu verteidigen trachten. Beispiele: Friesen u. Sachsen gegen Karl d. Großen, Eidgenossen gegen Habsburgerreich, schottische Hochländer gegen Engländer...

die gegebenen geschichtlichen Bedingungen, unter denen allein ein großer einheitlicher Markt geschaffen werden konnte, machten *für sich* bereits den *nationalen* Rahmen des angestrebten Staates unmittelbar notwendig:

„Die ökonomische Grundlage dieser (nationalen, M. W.) Bewegungen besteht darin, daß für den vollen Sieg der Warenproduktion die Eroberung des inneren Marktes durch die Bourgeoisie erforderlich, die staatliche Zusammenfassung von Territorien mit Bevölkerung gleicher Sprache notwendig ist, bei Beseitigung aller Hindernisse für die Entwicklung dieser Sprache und ihre Entfaltung in der Literatur. Die Sprache ist das wichtigste Mittel des Verkehrs der Menschen untereinander; die Einheit der Sprache und ihre ungehinderte Entwicklung bilden eine der wichtigsten Voraussetzungen für einen wirklich freien und umfassenden, dem modernen Kapitalismus entsprechenden Handel, für eine freie und umfassende Gruppierung der Bevölkerung nach jeder der einzelnen Klassen, schließlich eine Voraussetzung für die enge Verbindung des Marktes mit jedem, auch dem kleinsten Unternehmer, mit jedem Verkäufer und Käufer.“ (Lenin)⁷

Sobald jedoch die Bourgeoisie unter den demokratischen Losungen die Staatsmacht erobert hat, in dem Maße, wie sie ihre Herrschaft über die ‚Demokratie‘ konsolidieren und den inneren Markt erschließen und ausschöpfen kann, streift natürlich die nationalistische Ideologie ihre einstmals fortschrittliche Rolle ab – genauso, wie die Bourgeoisie schließlich selbst aufhört, eine geschichtlich vorwärtstreibende Kraft zu sein. Unter dem Banner der Nation sollen die Massen nun nicht mehr für den gemeinsamen Kampf gegen die einheimische Reaktion, sondern für den Kampf gegen die... ausländische Konkurrenz gesammelt werden! Der Nationalismus ist von nun an das Mittel, mit dem eine jede nationale Bourgeoisie die Arbeiterklasse, die Volksmassen für ihre imperialistischen Eroberungspläne einzuspannen sucht. Welchen Erfolg sie dabei bislang gehabt hat, ist allenthalben bekannt...

Rosa Luxemburg zog daraus die Schlußfolgerung, daß seit dem Eintritt des Kapitalismus in sein höchstes, imperialistisches Stadium jede nationale Bewegung vollständig reaktionär sei, insbesondere auch die nationalen Bewegungen in bislang unterdrückten Ländern:

„In all den kleinen, jungen Bourgeoisien, die nun zum selbständigen Dasein streben, zittert nicht bloß der Wunsch nach Gewinnen ungehemmter und unbedingter Klassenherrschaft, sondern auch nach den so lang entbehrten Wonnen der eigenhändigen Erdrosselung des Todfeindes – des revolutionären Proletariats, welche Funktion sie bis jetzt einem ungefügten staatlichen Apparat der Fremdherrschaft überlassen mußten. Haß wie Liebe läßt man ungern durch Dritte ausüben.“⁸

⁷ Lenin, op. cit., S. 684 [= [LW 20](#), 398 f. Anm. SpaBu-Doku.]

⁸ R. Luxemburg, Fragment über Krieg, nationale Frage und Revol., in: R.L., Schriften Bd. III, Ffm. 1968, S. 147 f.

Aber mit dieser Erkenntnis, daß jede Bourgeoisie stets und unter allen Umständen ihre eigenen Klassenziele verfolgen wird, und daß diese Klassenziele nicht gerade von nationalem Opfermut und von Hochherzigkeit gegenüber der Arbeiterklasse geprägt sind, ist noch nicht viel gewonnen; geht es doch sehr konkret darum, welche Haltung die Kommunisten einer unterdrückten Nation gegenüber einer real vorhandenen und kämpfenden nationalen Volksbewegung einnehmen sollen. Eine „Nationale Front“ mit der Bourgeoisie stand für revolutionäre Marxisten niemals ernsthaft zur Debatte – das unterscheidet uns ja gerade von der vormaligen KPD/AO, die im Fall Bengalen die Ansichten der Genossin Rosa zu einer unverhofften Auferstehung verhalf (s.o.), ohne daß sie ihren Namen freilich auszusprechen wagte. Die Stellung der Kommunisten zur nationalen Frage ist ja gerade bestimmt von dem Bestreben, die kleinbürgerlichen, namentlich die bäuerlichen Volksmassen aus dem Schlepptau der einheimischen Bourgeoisie zu befreien und für die Sache der Arbeiterklasse zu gewinnen. Wenn es diesen ‚nationalen Bourgeois‘ immer und immer wieder gelingt, breiteste Volksmassen unter demokratisch-nationalen Losungen ins Schlepptau zu nehmen und sich damit eine regelrechte Massenbewegung schaffen, wie in Ostbengalen, dann muß das ja wohl irgendwelche gesellschaftlichen Ursachen haben, und die Kommunisten täten gut daran, diesen in ihrer Taktik Rechnung zu tragen!

Marxismus und nationale Frage // Teil

‚Nationale Unabhängigkeit‘ als Problem der unvollendeten bürgerlichen Revolution

Abstrakt gesprochen ist es natürlich richtig, daß unter den Bedingungen des Imperialismus eine wirkliche nationale Unabhängigkeit im Rahmen des kapitalistischen Weltmarkts nicht möglich, und daß deshalb der Nationalismus eine utopische, die Massen verwirrende, also reaktionäre Ideologie ist, auch in den unterdrückten Nationen. Wenn aber die demokratischen und nationalen Parolen ihre Anziehungskraft für die Massen dieser Nationen noch immer nicht erschöpft haben, so liegt das zunächst ganz einfach daran, daß die bürgerliche Revolution dort noch nicht erschöpft ist. Die einheimischen Bourgeoisien stehen noch immer vor denselben Problemen, die die europäischen und amerikanischen Bourgeoisien bereits vor Jahrhunderten gelöst haben: Sie haben noch immer keinen inneren Markt, auf dem sie von der vernichtenden Konkurrenz der imperialistischen Länder weitgehend abgeschirmt sind, schaffen können, und ebensowenig haben sie vermocht, mittels demokratischer Verfassungen den Staatsapparat unter ihre Kontrolle zu bringen und ihn als Waffe gegen das imperialistische Kapital zu wenden. Noch immer liegt die politische Macht weitgehend in den Händen der alten „Oligarchien“ aus Großgrundbesitz, Kompradoren-Schichten und Rohstoffproduzenten, die alle unmittelbare Sachwalter des ausländischen Kapitals sind. So ist also auch **[12]**

hier die Schaffung des inneren Marktes noch eng mit der Demokratisierung des Regimes verknüpft.

Wir brauchen hier nicht besonders zu untersuchen, wie weit diese nationalen Bourgeoisien ihrerseits direkt auf die Unterstützung des Imperialismus angewiesen sind und ob sie nicht selber genügend Gründe haben, eine durchgreifende Demokratisierung, ganz zu schweigen von einer revolutionären Volkserhebung, zu fürchten; inwieweit sie also überhaupt imstande sind, konsequent mit den alten Oligarchien zu brechen. Selbst angenommen, diese einheimische Bourgeoisie versteht es, sich ihren eigenen nationalen Staat vollständig Untertan zu machen – hat sie überhaupt eine Chance, sich *ökonomisch* von den imperialistischen Mächten zu emanzipieren? Sich aus der imperialistischen Umklammerung lösen heißt für eine solche nationale Bourgeoisie, eine selbständige Rolle auf dem Weltmarkt spielen zu können. Die internationale Arbeitsteilung, die Rollenverteilung auf dem Weltmarkt sozusagen, ist jedoch in jahrzehntelangen, blutigsten Auseinandersetzungen, darunter zwei Weltkriegen mit Aberdutzenden von Millionen Toten mühselig zwischen den imperialistischen Großmächten festgelegt worden. Eine neue Nation könnte sich auf dieser Bühne nur unter Anwendung härtesten materiellen Drucks festsetzen, d.h. diese junge kapitalistische Nation müßte von Anbeginn stark genug sein, die imperialistischen Mächte mit ihren eigenen Waffen zu schlagen. Das führt zu einem völlig sinnlosen Paradox: Um überhaupt mal die ersten zaghaften Schritte auf dem Weg einer eigenständigen, unabhängigen wirtschaftlichen Entwicklung wagen zu können, mußte sich eine solche Nation vom ersten Tag an wie eine imperialistische Großmacht gebärden...

Solange eine abhängige Nation im Rahmen der kapitalistischen Arbeitsteilung verbleibt, solange sie nicht aus dem Weltmarkt ausbricht, bleibt ihr nur die Möglichkeit, die ökonomische Abhängigkeit erträglicher zu gestalten, indem sie sich gegen die sie unmittelbar bedrückende imperialistische Macht mit einem anderen, konkurrierenden Imperialismus verbündet: Unter dem Druck der Massen, meint Trotzki, könne sie sich sogar zu einem ‚nationalen Befreiungskrieg‘ hinreißen lassen, aber stets nur *„gegen eine der imperialistischen Mächte, diejenige, die ihren Geschäften am wenigsten entgegenkommt, und zwar in der Hoffnung, sich in den Dienst einer anderen, großzügigeren Macht stellen zu können.“*⁹ Auf kapitalistischer Grundlage kann „nationale Unabhängigkeit“ also höchstens noch ein unablässiges Hin- und Herlavieren zwischen den stärksten konkurrierenden imperialistischen Mächten bedeuten, es kann sich nur darum drehen, den Anteil der einen Macht am einheimischen Markt auf Kosten der anderen zu erweitern; diesen Markt aber vollständig der ausländischen Kontrolle zu entziehen und der einheimischen Bourgeoisie zu reservieren – wodurch die Ausdehnung des Marktes aufs Land durch die Schaffung einer kaufkräftigen Bauernschaft, und also die Bildung eines wirklichen „inneren Marktes“ überhaupt erst ermöglicht würde –, bleibt eine reine Utopie.

⁹ Trotzki, *The Chinese Revolution*, brosch., N.Y. 1969, S. 4

Eine eigenständige wirtschaftliche Entwicklung, die die Ausnutzung aller vorhandenen Ressourcen und Produktivkräfte einschließlich der brachliegenden Arbeitskraft von Millionen unterbeschäftigter Bauern erlaubt, würde voraussetzen, daß das Land entschlossen und definitiv aus der von den imperialistischen Großmächten diktierten internationalen Arbeitsteilung aussichert und sich den Gesetzen des Weltmarkts bewußt widersetzt – und das wiederum ist nicht möglich, solange die Bourgeoisie die Macht behält, deren heißester Wunsch ja eben ist, auf demselben Weltmarkt eine gewichtigere Rolle spielen zu dürfen. Die wirklichen Voraussetzungen für eine ungehinderte Entwicklung der Volkswirtschaft sind, kurz gesagt, die Verstaatlichung des in- und ausländischen Kapitals und die Errichtung eines staatlichen Monopols über den Außenhandel, und eben dies ist das wirtschaftliche Programm der Arbeiterklasse, das nicht anders durchzuführen sein wird als nach der Übernahme der Staatsmacht durch das Proletariat! Auf kapitalistischer Grundlage sind die Probleme der unvollendeten bürgerlichen Revolution nicht mehr zu lösen – allein die Arbeiterklasse ist imstande, die bürgerliche Revolution ‚zu Ende zu führen‘... indem sie sich auf den Weg der *sozialistischen* Revolution begibt.

„Die Eingliederung der verspäteten nationalen Revolution in die proletarische Revolution hat ihre internationale Gesetzmäßigkeit. Während im 19. Jahrhundert die Hauptaufgabe der Kriege und Revolutionen noch immer darin bestand, den Produktivkräften den nationalen Markt zu sichern, besteht die Aufgabe unseres Jahrhunderts darin, die Produktivkräfte aus den nationalen Grenzen, die für sie eiserne Fesseln geworden sind, zu befreien. Im breiten historischen Sinne bilden die nationalen Revolutionen des Ostens nur Stufen der Weltrevolution des Proletariats, wie die nationalen Bewegungen in Rußland Stufen zur Sowjetdiktatur wurden.“^{9a}

Hauptproblem der permanenten Revolution: Bündnis mit der Bauernschaft

Seine *ökonomische* Grundlage hat der Nationalismus als politische Bewegung im Zeitalter des Imperialismus also auch für die abhängigen Länder verloren: Es gibt keinen „nationalen Markt“, der nicht schon längst unter den imperialistischen Mächten aufgeteilt wäre. Selbst die staatliche Selbständigkeit wird unter solchen Bedingungen schließlich zur Farce. Eine bürgerliche oder kleinbürgerliche Partei, die die Massen eines abhängigen Landes mit dem Ruf nach „nationaler Industrie“, „wirtschaftlicher Lösung vom Imperialismus“ usw. zu ködern versucht, betreibt im wahrsten Sinne „Bauernfang“: Eine solche Propaganda kann nur dazu dienen, den bereits geplanten nationalen Ausverkauf an einen der konkurrierenden Imperialismen zu kaschieren.

^{9a} [vgl. *Spartacus* Nr. 25, Jan. 1972, S. 14. SpaBu-Doku.] Trotzki, *Geschichte d. russischen Revolution*, Bln. 1960, S. 549 [im internet unter: <http://www.marxists.org/deutsch/archiv/trotsky/1930/grr/b2-kap16.htm> – Anm. SpaBu-Doku.]

Indessen ist es nicht der spezifisch bürgerliche, klassenmäßige Gehalt der nationalistischen Ideologie – Aufbau einer einheimischen Kapitalistenklasse im Rahmen eines nationalen Marktes – sondern in erster Linie die demokratische Seite des Nationalismus, mit dessen Hilfe die Bourgeoisie die Volksmassen zu Unterstützung ihrer Politik mobilisieren kann: „Jeder bürgerliche Nationalismus einer unterdrückten Nation hat einen allgemein demokratischen Inhalt, der sich gegen die Unterdrückung richtet, und diesen Inhalt unterstützen wir unbedingt“, schreibt Lenin.¹⁰ Weshalb muß die proletarische Partei diesen demokratischen Inhalt in jedem Fall unterstützen?

Das Hauptproblem der Revolution in den abhängigen Ländern ist das Bündnis des Proletariats mit der Bauernschaft. Zwar ist das Proletariat die einzige Klassenkraft, die diesen Nationen einen Weg nach vorn, eine realistischere Zukunftsperspektive weisen kann; aber eben aufgrund der Rückständigkeit dieser Länder reicht die Kraft der Arbeiterklasse, auf sich allein gestellt, nicht aus, die Macht der in- und ausländischen Bourgeoisie zugleich zu brechen – die *Massenbasis* der Revolution kann nur die Bauernschaft stellen, die die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung bildet.

Ein Bündnis zwischen beiden Kräften – oder richtiger: die Einbeziehung der Bauernmassen in den revolutionären Kampf des Proletariats – wird dadurch möglich, daß sich auch das Proletariat zunächst keine rein sozialistisch-revolutionären Aufgaben stellen kann, sondern selbst noch an den unbewältigten Problemen der bürgerlich-demokratischen Revolution anknüpfen muß. Man muß sich klar darüber sein, daß die Bauernmassen in diesen Gesellschaften vollkommen außerhalb des kulturellen und umso mehr des politischen Lebens ihrer Nation stehen, daß zudem die äußerst bornierte Tätigkeit des Bauern, das auf ein Minimum reduzierte Maß an Kooperation in der landwirtschaftlichen Produktion stets neu ein extrem partikularistisches Bewußtsein hervorbringt, dessen Horizont selten viel weiter reicht als bis zum Nachbardorf. Die Arbeitsbedingungen dieser Menschen haben sich in Jahrtausenden nur unwesentlich geändert, und in diesen Jahrtausenden haben sie es niemals vermocht, sich als Klasse eine eigene politische Identität zu geben, ja sind aus ihrem eigenen, individualisierten Erfahrungsschatz her meist nicht einmal in der Lage, sich selbst als Angehörige eines Staatswesens, geschweige denn als Mitglieder einer Gesellschaft, einer Nation zu begreifen. Politische Verhältnisse nehmen sie stets nur auf der aller elementarsten Ebene wahr: als krasse, unverhüllte Unterdrückung. Die drückendste Last stellen die Besitzverhältnisse auf dem Lande selbst dar – Ausplünderung durch Großgrundbesitzer, reiche Bauern, die meist gleichzeitig als Wucherer auftreten, usw. Hier kann sich die Arbeiterklasse zu allererst als Führer und Wegweiser der Bauernschaft bewähren: Sie allein ist – angesichts der meist engen Verfügung zwischen Großgrundbesitz und ‚nationaler‘ Bourgeoisie – bereit und imstande, eine radikale Landreform bis zu ihren letzten Konsequenzen voranzutreiben. Aber gerade auf dieser Ebene

¹⁰ Lenin, op. cit, S. 699 [= [LW 20](#), 415. Anm. SpaBu-Doku.]

sind die Bauernmassen im allgemeinen nach Jahrtausende währenden bitteren Enttäuschungen stets zwischen bleischwerer Lethargie und ziellosem gewalttätigem Aufbegehren hin- und hergerissen.

Und vor diesem Hintergrund erhält die nationale Bewegung ihre ganze historische Bedeutung; Die Demütigungen, Gemeinheiten und Verbrechen der fremdstämmigen Beamten, die eine Sprache sprechen, die der Bauer nicht versteht, die andere Sitten und kulturelle Gepflogenheiten haben als die Landbevölkerung, die den Bauern wegen seiner fremden Abstammung, anderen Kultur, vielleicht auch Religion, und wegen seiner so niedrigen Bildung aus ganzem Herzen verachten – diese Seite der nationalen Unterdrückung gehört zur tagtäglich bestätigten Erfahrung eines jeden Bauern. Es ist die nationale Bewegung, die ihm zum ersten Mal das Gefühl gibt, mehr zu sein als ein Vieh, eine eigene Identität zu haben, eine Rolle zu spielen auf dieser Welt, etwas Besonderes zu sein – oder doch immerhin Etwas zu sein...

[13] Diese „nationale Ensklavung“ (Trotzki) der Bauernschaft ist eine der ersten und elementarsten Voraussetzungen dafür, daß das soziale Gewicht dieser Millionenmassen in die Waagschale der Revolution geworfen werden kann. Wie kann man von den Volksmassen eine weiterreichende revolutionäre Aktivität erwarten, wenn sie sich nicht vorher mindestens aus ihrer unterwürfigen Haltung gegenüber der herrschenden Nation befreit haben? Wie soll revolutionäres Bewußtsein entstehen, solange immer noch widerspruchslos die Privilegien hingenommen werden, die eine bestimmte Gruppe ausschließlich deshalb genießt, weil sie eine andere Sprache spricht, andere Sitten, vielleicht eine andere Hautfarbe hat – einfach, weil sie nun mal das „Herrenvolk“ ist?!

So ist also das erwachende Nationalgefühl in den unterdrückten Völkern eine unabdingbare geistige Voraussetzung für die weitere Entwicklung hin zur sozialen Emanzipation – das gut für die Arbeiterklasse nicht minder als für die Bauernschaft. Eine proletarische Partei, die das nicht begreift, die sich dem nationalen Erwachen der Bauernschaft widersetzt, verschließt der Bauernschaft jeden weiteren Zugang zu den Problemen ihrer Befreiung aus ewig währendender Knechtschaft und will sie wieder in ihre bisherige Geschichtslosigkeit, in ihr gewohntes gesellschaftliches Nichtsein zurückstoßen. Im Namen lebloser proletarisch-internationalistischer „Prinzipien“ verzichtet sie darauf, die Bauernschaft auf den Weg der sozialistischen Revolution zu führen – und verzichtet damit praktisch auf die Revolution selbst.

Natürlich hat das Proletariat keine eigenen nationalen Interessen zu vertreten: „Der Arbeiter hat kein Vaterland“. Aber die proletarische Partei muß erkennen, daß sich unter der Larve der letzten Endes bürgerlichen Ideologie des Nationalismus der Keim zur sozialen Revolte entwickelt, und statt den ganzen Organismus – abgestoßen von seinem unansehnlichen Gewand – einfach zu zertreten, muß sie vielmehr bestrebt sein, den Keimling so rasch wie möglich aus seiner entstellenden Umhüllung zu befreien. Um die Bauernmassen möglichst bald dem Einfluß der nationalen Bourgeoisie und ihrer kleinbürgerlichen Schildknappen zu entrei-

ßen, muß sie *innerhalb der nationalen Bewegung von vornherein klarstellen, daß es einen einzigen gangbaren Weg zur wirklichen Befreiung der Nation gibt: die Machtergreifung durch das Proletariat, gestützt von der Bauernschaft - die Errichtung eines Arbeiterstaates.*

Und nun noch einmal: Bengalen!

Was bedeutet das Ganze nun konkret für die Unabhängigkeitsbewegung des Ostteils von Pakistan?

Halten wir zunächst die allererste Pflicht eines jeden Kommunisten fest, der einer unterdrückenden Nation angehört: *unbedingte Verteidigung des Rechts der Bengalen, selbst darüber zu entscheiden, in welchem Staat sie leben wollen!*

Soviel zu unserer Abrechnung mit den mao-stalinistischen Wetterfahnen hierzulande.

Welche Haltung die *Kommunisten* in Bengalen einnehmen müßten, ist eine andere Frage. Daß sich in jeder nationalen Bewegung zunächst die Bourgeoisie oder – ersatzweise – die Kleinbourgeoisie als Führerin der Massen aufzuspielen sucht, liegt in der Natur der Sache. Daß die Führer der Awami-Liga nur allzu bereit wären, die nationale Bewegung der ostbengalischen Massen wenn möglich noch heute an Indira Gandhi zu verschachern, wenn diese ihnen als Gegenleistung einen erträglichen Kompromiß mit Yahya Khan aushandeln würde, kann für die bengalischen Kommunisten kein Grund sein, der Massenbewegung den Rücken zu kehren – nur Kindsköpfe hatten von solch einer Partei Anderes erwarten können. Die nationale Erhebung der Abermillionen bengalischer Bauern ist ein notwendiges Durchgangsstadium auf ihrem Weg zur sozialen Revolution. Die zwingende Logik der Klasseninteressen der westpakistanischen Bourgeoisie hat die kleinbürgerliche Führung der *Bangla-Desh*-Bewegung ganz gegen ihren Willen in eine Lage versetzt, in der sie den Kampf aufnehmen *mußte*. Sie hat es so schlapp, kleinstützig und verantwortungslos getan wie nur irgend denkbar; aber sie hat es getan. Und in dem Maße wie die kleinbürgerliche Führung des Unabhängigkeitskampfes gegen die Unterdrückung tatsächlich kämpft – aber eben genau *in dem Maße!* – werden die Kommunisten sie unterstützen, weil sie jeden Kampf gegen die Unterdrückung unterstützen.¹¹ Nach allem, was geschehen ist, haben sie allerdings keine Veranlassung, der kleinbürgerlichen Führung auch nur eine Minute lang einen Funken von Vertrauen entgegenzubringen. Die ätzende Kritik an der Feigheit der ‚Provisorischen Regierung‘ braucht nicht einen Augenblick lang eingestellt zu werden: Man muß entlarven, wie die kleinbürgerliche Führung auf Schritt und Tritt dem Kampf auszuweichen sucht, man muß zeigen, daß sie die nationale Unabhängigkeitsbewegung gar nicht führen will, *weil sie sie nicht führen kann*: Denn im Rahmen des kapitalistischen Weltsystems ist eine wirkliche natio-

¹¹ vgl. ebda

nale Selbstbestimmung gar nicht mehr möglich; man könnte höchstens ein Satellitenverhältnis zu Indien für „nationale Unabhängigkeit“ ausgeben wollen...

Nationale Selbstbestimmung kann es für die ostbengalischen Massen nur unter einer Arbeiter- und Bauernregierung geben, die daran geht, den Sozialismus aufzubauen. Aber „Sozialismus in einem Land“ - noch dazu einem so armseligen wie Ostbengalen? Freilich, solange das Regime in Indien nicht wankt, solange die Führer in Peking noch Außenpolitik nach ihrem eigenen opportunistischen Gutdünken betreiben können, wird es dazu ohnehin nicht kommen. Nein, Ostbengalen wird so lange den Durchbruch zum Sozialismus nicht schaffen, wie nicht die indische Bourgeoisie durch die revolutionäre Krise im eigenen Haus zu jeder konterrevolutionären Intervention unfähig wird. Nicht zufällig findet sich der Herd der revolutionären Gärung auf dem Gebiet der Indischen Union in Westbengalen. Und warum nicht gar? Schließlich ist der heutige indische Staat kein minder künstliches Gebilde als der Staat Pakistan. Es waren die britischen Kolonialherren, die den Subkontinent zu einer administrativen Einheit zusammengefaßt haben, weil sie meinten, ihre Herrschaft so effektiver ausüben zu können. Seit ihrem Bestehen ist die Union von latenten und auch akuten Kämpfen zwischen den einzelnen Nationalitäten zerrissen. Es ist nicht einzusehen, warum das, was für die ostbengalische Nationalbewegung gilt, nicht auch für die nationalen Bewegungen im Innern der Indischen Union gelten soll...

Und was weiter?

Die kapitulantenhafte Politik der Awami-Liga hat es glücklich dahin gebracht, daß der Unabhängigkeitskampf von Bangla-Desh nurmehr auf kleiner Flamme schwelt. Er nimmt allenfalls die Dimension kleiner Scharmützel und terroristischer Anschläge an. Das kann den Massenkampf auf die Dauer nicht ersetzen. Eines ist natürlich richtig: Nach einer so schweren Niederlage, wie sie die Unabhängigkeitsbewegung im Frühjahr erlitten hat, sind versprengte bewaffnete Freischärler-Aktionen nicht nur unvermeidlich, sondern auch notwendig. Sie sind das sichtbare Zeichen, das *die überlebenden Vorhutelemente den Massen mit der Botschaft übermitteln, daß der chaotische Rückzug der ersten Wochen zum Stillstand gekommen ist.* Die Avantgarde hat wieder Tritt gefaßt, sie zieht sich auf einige wenige befestigte Positionen zurück, um hinter dieser Verschanzung neue Kräfte für die Offensive zu sammeln.,

Die Gefahr liegt nun darin, daß aus theoretischer Unsicherheit die Kader der Avantgarde, aus der Not der Niederlage eine Tugend der offensiven Strategie machen: Nichts wäre fataler für die Revolution in Bengalen, als wenn sich die taktischen Erfordernisse des Augenblicks zu einer ausgewachsenen Strategie des „Volkskrieges“ verdichten würden. Anfang des Jahres lag der Sieg in greifbarer Nähe. Was fehlte, war nicht die bewaffnete Einkreisung der „Städte“ durch die „Dörfer“, sondern eine zielklare revolutionäre Führung der Massenbewegung. Nicht die ‚Methode‘ der Massenbewegung hat versagt, sondern lediglich ihre

kleinbürgerliche Führung. Das ist die Lehre, die Marxisten aus der Niederlage im Frühjahr ziehen müssen: Was fehlt, ist eine kommunistische Partei, die dem Proletariat den Weg der sozialistischen Revolution zu weisen vermag, und die, indem sie die zahlenmäßig schwache, aber kämpferische Arbeiterbewegung in eine taktisch und strategisch korrekte revolutionäre Politik einzubeziehen vermag, bei beharrlicher Verfolgung des eingeschlagenen Weges auch die ländlichen Massen für die soziale Revolution gewinnen können: „*Wir erheben und organisieren die fortgeschrittensten Arbeiter, und durch die Arbeiter erheben wir die Bauern. Das ist überhaupt der einzige für eine proletarische Partei denkbare Weg.*“¹²

Vorerst sieht es leider wohl eher danach aus, als wollten auch die bewußteren Teile der revolutionären Avantgarde wieder einmal ihr mangelndes Verständnis der begangenen Fehler einfach durch das Begehen spiegelverkehrter Irrtümer vervollkommen; als sollte die kostbare Zeit, die noch bis zum nächsten großen Sturm verblieben ist, nicht für den Aufbau einer im Proletariat fest verwurzelten kommunistischen Kaderpartei genutzt, sondern mit der Bildung zahlreicher konkurrierender „Nationaler Volkskriegs-Befreiungsfronten“ vertan werden ...

M.W.

[14] Wohin geht Bangla Desh?

Es ist soweit – alle asiatischen und westeuropäischen Verehrer der Maotsetungideen können sich gratulieren: Ihre Prophezeiungen sind Wahrheit geworden! In der Tat hat die nationale Unabhängigkeitsbewegung der Bengalen vorerst zu nichts anderem geführt als zur *Besetzung des ehemaligen Ostpakistan durch die indische Armee*. Haben sie es nicht stets behauptet, daß die Bewegung für *Bangla Desh* nichts anderes sei als ein ferngesteuerter Agent des ‚indischen Imperialismus‘?!

Ohne Zweifel: Bangla Desh ist heute nicht minder von Indien abhängig, als es vormals Ostpakistan gegenüber Westpakistan gewesen war. Aber schmälern wir nicht das beträchtliche Verdienst, das sich die *VR China* durch seine Anstrengungen erworben hat, zur Bewahrheitung ihrer eignen düstern Prognosen selbst tatkräftig beizutragen! Hätte nämlich die *VR* darauf verzichtet, aus rein großmachtpolitischen Erwägungen den westpakistanischen Gorillas und Bankiers bei ihrem Versuch behilflich zu sein, die abtrünnige Halbkolonie Ostbengalen mit Waffengewalt zurück zu erobern – es hätte keinen Krieg Indiens gegen Pakistan gegeben, Indira Gandhi hätte keinen Vorwand für die Okkupation Bangla Deshs finden können!

Die volkschinesische Außenpolitik hat jedenfalls keine Mühe gescheut, um die Bewegung der Freien Bengalen in die offenen Arme der indischen Bourgeoisie zu treiben – statt ihrerseits durch eine klare Stellungnahme *für* das Selbstbestim-

¹² Trotzki, Der chinesische Bauernkrieg u. d. Proletariat, in: Die vierte Internationale II/I, Bln. 1971, S. 80

mungsrecht der Bengalen einen Keil zwischen die feige, nach Indien schielende kleinbürgerliche Führung der Liga und die bengalischen Volksmassen zu treiben. Aber ihr diplomatisches Bündnis mit der westpakistanischen Soldateska und den Bankiers von Karatschi erschien der Regierung der Volksrepublik wesentlicher als ein sozialistisches Bangla Desh...

Indira Gandhi hat diesen Krieg nicht frohen Herzens vom Zaun gebrochen. Natürlich hätte sie einen zwischen den Großmächten ausgeschachteten Kompromiß mit Islamabad – selbstverständlich auf dem Rücken der bengalischen Massen! – vorgezogen. Aber diesmal blieb ihr keine Wahl: Weder waren die Großmächte darauf [15] erpicht, sich in dieser heiklen Angelegenheit zu exponieren und dabei womöglich die Finger zu verbrennen, noch hatte die Regierung in Islamabad genügend Handlungsspielraum für eine „gütliche“ Regelung – was anders hätte denn auch ein ‚Kompromiß‘ beinhalten können, wenn nicht die *faktische Sezession* der Ostprovinz und ihr Abgleiten unter indische Vorherrschaft?!

Aber auch Indien konnte nicht mehr klein begeben: Nicht nur, daß die acht bis zehn Millionen bengalischer Flüchtlinge praktisch die gesamte ausländische ‚Wirtschaftshilfe‘ aufzuzehren drohten – sie verwandelten das ohnehin schon gärende West-Bengalen in ein regelrechtes soziales Pulverfaß! Die Lunte diesem Faß – das waren die *Mukhti Bahini*, die nicht nur auf ostpakistanischem Gelände operierten, sondern ihre Trainingslager *diesseits* der indischen Grenze aufgeschlagen hatten. Neu-Delhi mußte diese Lager dulden – einerseits wegen des Drucks der chauvinistischen „öffentlichen Meinung“, andererseits, weil dadurch die Flüchtlingsmassen wenigstens nicht auf den Gedanken kamen, sich in die Klassenkämpfe des *indischen* Teils von Bengalen einzumischen. Indessen hätte aber ein langandauernder Kleinkrieg der *Mukhti Bahini* – mit der unweigerlich folgenden politischen Radikalisierung der Bangla-Desh-Bewegung – nur zu leicht zum Fanal der sozialen Revolution nicht bloß in Westbengalen, sondern auf dem ganzen Subkontinent werden können!

Indira durfte also den Lauf der Dinge nicht sich selbst überlassen; sie mußte eine *rasche* Entscheidung erzwingen – und so war der Krieg schließlich das ‚kleinere Übel‘...

Was wird aus Pakistan?

Dieser dritte Waffengang zwischen den verfehdeten Nachbarn war zugleich der erste, nach dem man Sieger und Besiegten klar von einander unterscheiden kann. Pakistan hat nicht bloß „eine Bataille verloren“ – der Staat ist bis in seine Grundfesten erschüttert. Eines ist endgültig klar: Es wird nie wieder ein Ostpakistan geben. Der Westen hat seine ‚innere Kolonie‘ verloren – seinen wichtigsten Rohstofflieferanten und damit seine Haupt-Devisenquelle! Die westpakistanische Bourgeoisie ist in eine Krise gestürzt worden, die nicht ohne krampfhaftes Zuckungen abgehen wird, zumal die staatstragende Ideologie – der Mythos von der islamischen Einheitsrepublik, der „größten islamischen Macht der Welt“ – einen tödlichen

Schlag erhalten hat. Einstweilen gelingt es dem gefährlichen Harlekin *Ali Bhutto* – der ohne weiteres imstande gewesen wäre, einen vierten Krieg auf seine Kappe zu nehmen, um endlich an die Macht zu kommen –, mit chauvinistischen Sturzbächen die unterdrückten Klassen vor den Karren der Bourgeoisie zu spannen. Aber wie lange werden die Arbeiter von *Lahore* noch bereit sein, für die Bestrafung des „Kapitulanten“ Yahya Khan und die Machtübernahme durch seinen scharfmacherischen Kronprinzen auf die Straße zu gehen?

In den kommenden Monaten muß die ernüchternde Erkenntnis um sich greifen, daß Bhuttos Tiraden niemandes Bauch füllen können, und es wird sich erweisen, daß mit dem Abfall der Ostprovinz die Krise des pakistanischen Staats keineswegs abgeschlossen, sondern eben erst *eröffnet* ist! Hier wie in jedem Land der Welt gibt es nur eine Klasse, die einen Ausweg aus der Krise der Bourgeoisie weisen kann: *die Arbeiterklasse*, und der Ausweg heißt: Sturz der Bourgeoisie – Bildung einer *Arbeiter- und Bauernregierung!*

Ob die Arbeiterklasse fähig sein wird, der Nation einen Ausweg aus ihrer Existenzkrise zu weisen, hängt von der revolutionären Klassenführung ab, und hier wie [16] in jedem Land der Erde *besteht eine revolutionäre Klassenführung, eine kommunistische Avantgardepartei noch nicht!* Wie überall, so gilt auch hier: Die Krise der bürgerlichen Gesellschaft ist letzten Endes nichts anderes als die Führungskrise des Proletariats.

„**Protectorat Bangla Desh**“?

Die „Volksrepublik Bangla Desh“ ist eine weltpolitische Realität geworden. Sie ist es nicht geworden dank der Terror- und Sabotage-Akte der Mukhti-Bahini, und noch weniger dank eines „revolutionären Volkskrieges“, der nicht stattgefunden hat – sie ist es geworden dank der *indischen Bajonette!*

Dieser Umstand allein stellt bereits einige Weichen für die allernächsten Schritte des neuen Staates. Außenpolitisch dürfte Bangla Desh auf absehbare Zeit ein Satellit der Indischen Union bleiben, und auch innenpolitisch wird Indira dafür sorgen, daß die Bäume der bengalischen Souveränität nicht in den Himmel wachsen. Das begann damit, daß die Einheiten der Mukhti Bahini einem „gemeinsamen“ indischen Oberkommando unterstellt wurden, und als das noch nicht ausreichte, um den bengalischen Volksmassen plausibel zu machen, daß auch der indischen „Befreier“ oberstes Gebot *Ruhe und Ordnung* lautet, ging man schlicht und einfach zur *Entwaffnung* der bengalischen Truppen über: Als Feigenblatt für den nicht erklärten Krieg gegen Pakistan waren sie gut genug gewesen und als solches hatten sie nun ihre Schuldigkeit getan; aber für die Wiederherstellung ‚geordneter Verhältnisse‘ – ohne die das Geschäft der indischen Händler ja nicht blühen kann – erschienen sie nicht zuverlässig genug: sie konnten gehen! Und auch dafür fand Neu-Delhi einen vorzüglichen Vorwand, dessen scheinbare Uneigennützigkeit gar noch das etwas ramponierte Prestige Indiens in der Weltöffentlichkeit aufpolierte: Galt es doch, die „Racheakte“ und „Ausschreitungen“ gegen pakistanische

Kriegsgefangene und bengalische Kollaborateure zu beenden! Wer mochte bei soviel humanitärem Engagement andere als menschenfreundliche Motive unterstellen? Etwa, daß es den indischen Besatzungsbehörden vor alle darum geht, den linken, kommunistischen Flügel der Unabhängigkeitsbewegung – darunter die *East Bengal Communist Party*, die Beziehungen zum Brüsseler „Vereinigten Sekretariat der IV. Internationale“ unterhält – zu entwaffnen und womöglich zu zerschlagen! Und klingt es nicht sehr anständig, wenn die indischen Behörden die Flüchtlingsmillionen nicht sofort nach Hause jagen, sondern großzügig noch ein paar Wochen gewähren lassen, bis die ‚Ordnung wiederhergestellt‘ ist – während man in Wahrheit nur nach einem Vorwand sucht, die Besatzungstruppen noch für ein paar Monate in Bangla Desh zu belassen, bis nämlich der Wiederaufbau des völlig zerrütteten Staats- und Verwaltungsapparats abgeschlossen ist. Die indischen Militärbehörden sollen dafür Sorge tragen, daß nur solche Männer in die entscheidenden Positionen aufrücken, an deren Botmäßigkeit gegenüber der indischen Bourgeoisie kein Zweifel besteht.

De facto ist also das „unabhängige“ Bangla Desh gegenwärtig kaum mehr als ein *Protektorat der Indischen Union*. Die „Provisorische Regierung“ dürfte nach allem, was man von ihr zu sehen bekam, kaum die erforderliche Autorität haben, an diesem Tatbestand Entscheidendes zu ändern – immerhin brauchte sie selbst nach dem Waffenstillstand noch gut eine Woche, ehe sie sich in ‚ihre‘ Hauptstadt Dacca wagte!

Sicher werden die indischen Großhändler und Finanziers bemüht sein, die seit der Flucht ihrer westpakistanischen Konkurrenz vakanten Stellen einzunehmen. Jedoch ist die indische Regierung nicht daran interessiert, Ostbengalen auf *Dauer* an den indischen Staatsverband zu binden, im Gegenteil: Sie muß um jeden Preis die beiden Krisenherde *Ost-* und *Westbengalen* voneinander isolieren. Sobald sie sich von der ‚Zuverlässigkeit‘ der neuen Männer überzeugt hat, wird sie sich aus der direkten Verantwortung herausziehen versuchen; sie wird Bangla Desh seine staatliche Souveränität zugestehen *müssen!*

Natürlich wird das indische Kapital auch weiterhin versuchen, Bangla Desh wirtschaftlich ebenso von sich abhängig zu machen, wie das zuvor die Westpakistanner getan hatten, aber sie werden es nicht wieder in die Rolle einer ‚inneren Kolonie‘ drängen können: Anders als die Bankiers von Karatachi haben sie es jetzt **[17]** mit einem selbständigen Staat zu tun, der früher oder später eine *eigene* Wirtschaftspolitik im Interesse seiner *eigenen* kapitalistischen Entwicklung betreiben muß!

Industrialisierung – ohne Bourgeoisie?

Wir haben bereits dargestellt, daß in Ostbengalen nicht mehr von einer *einheimischen Bourgeoisie* die Rede sein kann. Womit wir es zu tun haben, sind einerseits ausgesprochene Kompradoren-Elemente, die eine rein parasitäre Existenz fristen (Wucherer usw.) und mit der Trennung von Pakistan vorerst einmal ihre

Rolle ausgespielt haben dürften; und andererseits eine städtische Kleinbourgeoisie, die sich wohl gerne zu einer wahrhaftigen ‚nationalen‘ Industriebourgeoisie mausern möchte, der dazu allerdings das Wichtigste fehlt: nämlich Kapital!

Investitionskapital – das ist genau das, was Bangla Desh von der indischen Bourgeoisie am allerwenigsten zu erwarten hat! Gerade der Mangel an Kapital im Inland ist es ja, der die indischen Händler und Bankiers nach Bangla Desh treibt: nicht als Investoren, sondern als Wucherer, nicht um aufzubauen, sondern um zu plündern!

Während Bangla Desh also außenpolitisch auf Indiens Beistand angewiesen bleibt, müssen sich die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen beiden früher oder später verschlechtern. Mangels einer verwurzelten einheimischen Bourgeoisie muß das Kleinbürgertum versuchen, *stellvertretend* eine ‚nationale‘ Industrie aufzubauen: der Weg dahin ist der *Staatskapitalismus*, sein politisches Instrument ist ein *bonapartistisches Regime* – nach dem unerreichten Vorbild *Nassers*. In diese Richtung weisen bereits heute die ‚sozialistischen‘ Redensarten der ‚Provisorischen Regierung‘, das Gerede von der Verstaatlichung des Kreditwesens usw.

Im *Innern* kommt es zunächst darauf an, die Bauernmassen in den kapitalistischen Wirtschaftskreislauf einzubeziehen; dazu brauchen sie vor allen Dingen *Bargeld*, und das kann man ihnen nur verschaffen, wenn man sie aus der Abhängigkeit von jenen Groß-Bauern befreit, die zugleich als Geldverleiher auftreten und durch Wucherzinsen das Land unter ihre Kontrolle gebracht haben (die sog. *Zamindare*). Dies ist der Sinn eines verstaatlichten Kreditsystems: das Kapital aus dem unproduktiven Wuchergeschäft abzuziehen und in die staatlich geförderte Industrie zu lenken!

Solche Mittel wirken sich jedoch erst *langfristig* aus, und sogar das nur, wenn die ersten Ansätze einer nationalen Industrie *bereits vorhanden* sind! D.h. es muß sich für den Kapitalisten *sogleich* rentieren, wenn er in die Industrie investiert, nicht erst in zehn Jahren. Die *Grundlagen* für die Industrialisierung (vor allem: Ausbau der Infrastruktur) müssen *direkt vom Staat* gelegt werden, und das Kapital dazu findet er nur im Ausland – und für Bangla Desh heißt das konkret: in der Sowjetunion!

[18] Neuverteilung der Einflußzonen

So sind wir wieder beim weltpolitischen Hintergrund des Krieges angelangt. Die *Sowjetunion* hat kein unmittelbares wirtschaftliches Interesse an Ostbengalen, sondern ein *strategisches*: Seit die USA gezwungen sind, einen Gutteil ihrer Stellungen in Ostasien zu räumen, rivalisieren die Sowjetunion und China verstärkt um den freigewordenen Posten der Hegemonialmacht. Durch den jüngsten Krieg mit Pakistan ist Indien in eine immer engere Abhängigkeit von Moskau geraten, während Bangla Desh auf absehbare Zeit sogar zum unmittelbaren Satelliten der UdSSR geworden sein dürfte. Für *China* sieht die Bilanz durchwachsen aus: Zwar

ist einerseits sein alter Verbündeter Pakistan aufs Schwerste angeschlagen, aber dafür um so enger an seine Seite gerückt, seit der pro-chinesische Flügel der pakistanischen Bourgeoisie in der Gestalt Bhuttos nun auch offiziell die Regierung übernommen hat.

Aber noch geben sich die USA nicht geschlagen, und so blieb der Welt das traurige Schauspiel nicht erspart, wie die VR China wochenlang im UNO-Sicherheitsrat mit den Vertretern des amerikanischen Imperialismus gemeinsame Sache machte und gar im selben Moment ihre Truppen auf die indische Grenze in Bewegung setzte, als die 7. US-Flotte Kurs auf Tschittagong nahm...

Damit erwies sich der Krieg in Asien als der Auftakt zu einer weltweiten *Umgruppierung der Blöcke*, einer *Neuverteilung der Einflußzonen*, die durch das Ende von Amerikas absoluter Vorherrschaft in der kapitalistischen Welt – signalisiert durch die Krise des Dollar – in Gang gesetzt wurde.

Marxisten werden sich wohl in den kommenden Jahren wieder verstärkt daran gewöhnen müssen, in den Dimensionen der *Weltpolitik* zu denken.

M.W.

Editorischer Hinweis:

Die roten Ziffern in eckigen Klammern kennzeichnen den Beginn der entsprechenden Seite des Papier-Originals.

Das Schriftbild der unterschiedlichen Teile wurde leicht vereinheitlicht.

- Die beiden Teile „Marxismus und nationale Frage“ sind im Original in Fettschrift gesetzt, wobei Hervorhebungen in Normalschrift erfolgen. Die Fettschrift wurde hier durch Normalschrift ersetzt; die Hervorhebungen erfolgen in kursiv. Zwei Hervorhebungen in einem Lenin-Zitat, die hier durch Unterstreichung erfolgen, sind im Original gesperrt.
- Im letzten Teil erfolgen die Hervorhebungen im Original durch Unterstreichungen. Sie werden im Text durch kursiv-Setzungen und in den Zwischenüberschriften durch Fettsetzungen ersetzt.